Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig, Koden & Komp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 3.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.60. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 35 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 141. | Dresden, Donnerstag den 21. Juni 1917. | 28. Jahrg.

Günstigere Aussichten für Stockholm. – Die Neutralität der Schweiz. – Englische U-Boots-Befürchtungen.

Thomas und die deutsche Sozialdemokratie.

Wir haben gestern die Ausführungen kurz mitgeteilt, die der sozialistische Munitionsminister Albert Thomas in Stockholm gegen die Denkschrift der deutschen Sozialdemokratie gemacht hat. Im Stockholmer Social-Demokraten hat Thomas seine Entgegnung ausführlich niedergelegt. Aber auch dieser jetzt vorliegende ausführliche Text von Thomas' Aeußerungen bestätigt nur, daß Thomas den Standpunkt der deutschen Sozialdemokratie nicht verstehen will. Wir sagen ausdrücklich „nicht verstehen will". Denn er ist ein viel zu befähigter Politiker, um ihn nicht verstehen zu können.

Die deutsche Denkschrift hat zu den einzelnen schwierigen Problemen des Friedensschlusses sachlich Stellung genommen. Thomas erwidert darauf, indem er in allerlei Wendungen von einem angeblich idealen „Rechtszustand" spricht, der wieder hergestellt werden soll. Daß der „Rechtszustand" gestört ist, daran trägt natürlich nach Thomas Deutschland die Schuld. Darum muß Deutschland bestraft werden und das ewige „Menschenrecht" soll hergestellt werden, indem Deutschland Elsaß-Lothringen preisgibt usw.

Thomas hat sich völlig in den Bann der alten Bourgeois-Phraseologie begeben, die mit „ewigen Menschenrechten" um sich wirft, um dahinter höchst eigensüchtige Bestrebungen zu verbergen. Er redet um die Welte mit seinen kapitalistischen Ministerkollegen von Freiheit und Recht und Demokratie. Als hätte er alle seine sozialistische Wissenschaft völlig vergessen. Keiner hat mehr als Karl Marx die kapitalistischen Krallen gekennzeichnet, die sich hinter den Sammetpfötchen der kapitalistischen Demokratie verbergen, die nichts, aber auch gar nichts zu tun hat mit der sozialen Demokratie oder gar mit der sozialistischen Demokratie.

•

Der Vorwärts bemerkt zu den Aeußerungen Thomas' folgendes:

„Was Thomas als Ergebnis des Krieges vorschwebt, das ist ein (vielleicht auch mehr französisch als international gedachter) idealer Rechtszustand. Was die deutsche Denkschrift anstrebt, das ist ein realpolitischer Versuch, die Schwierigkeiten, die dem Frieden im Wege stehen, zu beseitigen und zugleich einem idealen Rechtszustand näher zu kommen.

Der Krieg war nie ein Mittel und wird nie ein Mittel sein, die absolute Gerechtigkeit herzustellen. Er kennt kein anderes Recht als das Recht des Siegers. Schließt er aber ohne entscheidenden Ausgang, dann kann der Friede nur der Ausdruck eines gegebenen unentschiedenen Kräfteverhältnisses sein, nicht aber die Verwirklichung eines vollkommenen Rechtsideals.

Wir wollen uns nicht der Lüge schuldig machen, daß ein Sieg Deutschlands den Sieg der absoluten Gerechtigkeit bedeuten würde. Aber auch Thomas sollte anerkennen, daß ein Sieg der Entente nichts dergleichen bedeuten würde. In beiden Fällen hätten die Sozialisten, die guten Willens sind, schwere Mühe, zu verhindern, daß aus dem Sieg neues Unrecht entsteht.

Wir sind gerne bereit, von Thomas gute Lehren darüber anzunehmen, inwiefern wir unbewußt im Imperialismus befangen sind, möchten ihm aber gerne als Gegenleistung sagen können, warum er uns als unbewußtes Werkzeug einer chauvinistischen Bourgeoisie erscheint. Am fruchtbarsten wäre natürlich der Weg direkter Aussprache, der jedoch nicht beschritten werden kann, da die französische Regierung, der Thomas als Mitglied angehört, ihn gesperrt hat."

31500 Tonnen im Kanal versenkt.

Berlin, 20. Juni. (Amtlich.) Neue U-Booterfolge im Sperrgebiet um England. 31500 Brutto-Register-Tonnen

Unter den versenkten Schiffen befanden sich der englische tiefgehende bewaffnete deutsche Dampfer Wega, ein bewaffneter englischer Dampfer von Krähe und Auslesen des Knight Companies, 7241 Tonnen, ein englischer bewaffneter Dampfer mit gemischter Ladung von 1000 Tonnen, ein französischer Bewaffneter Wagonremorqueur, mit einer Ladung Kohle, ferner ein großer unbekannter bewaffneter Dampfer von England, ferner ein großer unbekannter Brutto-Register-Dampfer, ein Getreidedampfer von mindestens 3000 Brutto-Register-Tonnen und zwei große englische Dampfer mit Kohle und Erzladung, die aus Geleitzügen herausgeschossen wurden.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

•

Englische Flugzeuge abgeschossen. Ein Torpedomotorboot versenkt.

Berlin, 20. Juni. (Amtlich.) Am Abend des 18. Juni wurde von unseren Seeflugzeugen abgeschossen. Ferner wurde nördlich von Dünkirchen ein englisches Torpedomotorboot von unseren Vorpostenstreitkräften versenkt, die Besatzung gefangengenommen. Der Chef des Admiralstabs der Marine.

•

Wieder eine Zunahme der U-Bootserfolge?

Der Parlamentsberichterstatter des Daily Chronicle schreibt am 12. Juni: Der Optimismus, den die Verminderung der englischen Schiffsverluste in den letzten drei Wochen hervorgerufen hat, wird in unterrichteten Kreisen nicht geteilt, denn der Rückgang der Versenkungen hat seinen Grund hauptsächlich in der Tatsache, daß während dieser Zeit weniger Unterseeboote tätig waren, da viele zum Zwecke der Neuversorgung die Heimat aufgesucht hatten. Dies hatte die Admiralität auch vermutet. Diese Vermutung wird durch die Tatsache bestätigt, daß die Verluste der letzten Wochen entschieden schwerer sind als der Durchschnitt der vergangenen vier Wochen. Aehnlich vorsichtig, ja besorgt, äußerte sich vor einigen Tagen Kennedy Jones, Generaldirektor des englischen Lebensmittelamtes, zu einem Vertreter des Observer: „Es hieße alle Lehren des Krieges außer acht lassen, wollte man den gegenwärtigen Rückgang der U-Bootstätigkeit als dauernd ansehen. Die Deutschen haben nie die geringste Neigung gezeigt, stillzusitzen und zuzugeben, daß alles zu Ende sei. Im Gegenteil verbessern sie dauernd ihre Methoden. Was jetzt vor sich geht, ist vielleicht nichts anderes als die natürliche Folge der Tätigkeit im April und Mai. Innerhalb der nächsten Monate kann vielleicht ein neuer Feldzug in viel größerem Maßstabe beginnen werden. Wir wissen nichts Bestimmtes darüber, wie Deutschland die Leistungsfähigkeit seiner Werften dem Unterseebootsbau dienstbar gemacht hat.

•

Die ausgestorbene Nordsee.

† Christiania, 20. Juni. Morgenbladet und Tidens Tegn melden aus Mandal, dortige Fischer erzählten, daß die Nordsee vor dem Skagerrak so gut wie ausgestorben sei. Ein Fischer gibt an, auf einer dreiwöchigen Fahrt in der Nordsee kein einziges Handelsschiff gesehen zu haben. Dagegen sei er an einem Tage nicht weniger als sieben Unterseebooten begegnet.

Die Vorbereitung des allgemeinen Kongresses in Stockholm.

Stockholm, 19. Juni. (Eig. Drahtber.)

Es erscheint jetzt sicher, daß hier Mitte Juli der vom russischen Arbeiter- und Soldatenrat einberufene allgemeine Kongreß mit dem Holländisch-Skandinavischen Komitee stattfinden wird.

Heute trat hier über Copenhagen der Schweizer Nationalrat Grimm ein. Wie hier bekanntgeworden ist, vertritt der russische Arbeiter- und Soldatenrat bei seiner Gesamttagung 2½ Millionen Arbeiter, Soldaten und Bauern. Das Holländisch-Skandinavische Komitee hatte heute Beratungen mit den amerikanischen Delegierten, diesen Donnerstag soll mit den Tschechoslawen verhandelt werden.

Die Gegensätze nicht mehr unüberwindlich.

tu. Kopenhagen, 21. Juni.

Minister Branting hat jetzt in Stockholm, wie Social-Demokraten erfährt, mit zwei englischen Delegierten und der französische Minister Thomas mit einigen russischen Parteigenossen Unterredungen gehabt. Wenn auch über den Inhalt dieser Beratungen vorläufig nichts mitgeteilt werden kann, erklärt Stauning doch, daß er die Gegensätze jetzt nicht mehr unüberwindlich halte. Die Engländer ebenso wie die Franzosen seien weit davon entfernt, das holländische Komitee in Stockholm für eine Gruppe deutscher Agenten zu halten. Das Zustandekommen der Konferenz und die Beteiligung der Engländer und Franzosen hält er für gesichert.

•

tu. Budapest, 21. Juni.

Die ungarische Sozialistische Partei erhielt durch Stockholmer Vermittlung folgende Depesche: Im Auftrage des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrates wird mitgeteilt, daß der Rat in der Sitzung vom 16. Juni beschlossen hat, für die Zeit vom 28. Juni bis 8. Juli eine internationale Konferenz einzuberufen. Unterzeichnet ist die Depesche: Tscheidse, Vorsitzender. Nepsava weist auf die Wichtigkeit dieses Schrittes hin, mit dem es gilt, dem Feinde zum ersten Male die Hand zu bieten, und erklärt, daß die ungarische Sozialdemokratie bereit ist, mit den Proletariern aller Länder bei der Friedensarbeit mitzuwirken.

•

Der Arbeiter- und Soldatenrat und die Stockholmer Konferenz.

ob. Stockholm, 18. Juni 1917.

Die heute hier vorliegende neueste Veröffentlichung des Arbeiter- und Soldatenrates in Petersburg über seine Stellung zu den Stockholmer Konferenzen lautet:

Die Aeußerungen Troelstras gegenüber einem Korrespondenten der Rjetsch haben einen Protest der internationalen Sektion des Arbeiter- und Soldatenrats gegen die Anklage veranlaßt, daß dieser es hartnäckig vermieden habe, in Verbindung mit dem holländisch-skandinavischen Komitee zu treten. Wenn Telegramme unbeantwortet geblieben sind, so liegt das an den Störungen der telegraphischen Verbindungen. Der Rat sucht durchaus nicht jede Verbindung mit dem Komitee zu vermeiden. So hat er z. B. dem Komitee telegraphiert, um Auskunft über Zeit und Ort der internationalen Konferenz zu erhalten. Die Telegramme mußten allerdings an Branting gesandt werden, da die Adresse des Komitees unbekannt war. In einigen Tagen verläßt eine gewählte Delegation des Arbeiter- und Soldatenrats Petrograd, um nach Stockholm zu reisen, wo sie eine Konferenz zusammen mit den lokalen Stellen vorbereiten soll. Man hat auch die vorbereitende Arbeit des Komitees durchaus nicht übersehen. Aber erst gestern kam der erste Bericht darüber aus Stockholm. Die Bedingung für die Beteiligung des Rats an der Zimmerwaldkonferenz ist, daß diese Konferenz sich als eine vorbereitende betrachtet. Zu dem Programm erklärt der Rat, daß der Frieden nur möglich ist, wenn die Arbeiterklassen aller Länder entscheidenden Einfluß auf die auswärtige Politik erreichen, um diese vom Im-

Erstürmung einer französischen Stellung in 1500 Meter Breite bei Bauraillon.

(W. T. B.) Amtlich. Großes Hauptquartier, den 21. Juni 1917.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

In Flandern und im Artois war erst abends bei günstiger Sicht der Artilleriekampf auf breiterer Front lebhaft; er hielt stellenweise auch nach Dunkelwerden an.

Nahe der Küste wurde durch nächtlichen Ueberfall eine Anzahl Engländer als Gefangene eingebracht.

Bei Hooge, östlich von Ypern, sind gestern und heute früh starke englische Erkundungsstöße abgewiesen worden; auch bei Wermelles und Loos schlugen Unternehmungen des Feindes fehl.

Heeresgruppe deutscher Kronprinz:

Bei Bauraillon, nordöstlich von Soissons, stürmten gestern nach kurzer, starker Minenfeuervorbereitung Kompanien einiger aus Rheinländern, Hannoveranern, und Braunschweigern bestehenden Regimenter die französische Stellung in 1500 Meter Breite. Der durch bewährte Sturmtrupps, Artillerie und Flieger gut unterstützte Einbruch in die feindliche Linie erfolgte für den Gegner völlig überraschend; einzelne Stoßtruppen drangen durch die Annäherungswege bis zu den Reserven vor und machten auch dort Gefangene. Die blutigen Verluste des Feindes sind schwer; über 160 Gefangene und 16 Maschinengewehre wurden zurückgebracht, einige Minenwerfer gesprengt.

In den gewonnenen Gräben sind tagsüber heftige Gegenangriffe der Franzosen abgewehrt worden.

Mit starkem Wirkungsfeuer bereitete der Feind nordwestlich des Gehöftes Hurtebise ein Unternehmen vor, dessen Durchführung in unserem Vernichtungsfeuer unterblieb.

Auf dem westlichen Suippes-Ufer war abends die Feuertätigkeit sehr lebhaft.

In der Ost-Champagne und am Westhange der Argonnen holten unsere Stoßtrupps mehrere Gefangene aus den französischen Linien.

Heeresgruppe Herzog Albrecht:

Keine wesentlichen Ereignisse.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Bei Luck, an der Styr-Lipa, Narajowka und südlich des Dniestr war die russische Artillerie und entsprechend die unsere tätiger als in letzter Zeit. Streifabteilungen der Russen wurden an mehreren Stellen verjagt.

Mazedonische Front.

In der Struma-Niederung endeten Gefechte bulgarischer Posten mit englischen Kompanien und Schwadronen mit Zurückgehen des Gegners.

Der erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Die Bemühungen des Grafen Clam-Martinitz.

Wien 20. Juni. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, geht das Bestreben des Ministerpräsidenten Clam-Martinitz dahin, eine polnisch-deutsche Mehrheit zu bilden unter Aufnahme von Vertretern der Polen, Tschechen, Südslawen und Ruthenen als Landsmannminister, um dem Kabinett einen dauernden Charakter zu sichern. Andrerseits wird auch der Plan eines großen parlamentarischen Konzentrationskabinetts erörtert, in dem acht Ministerposten einschließlich des zu schaffenden Ministeriums für soziale Fürsorge unter den Parteien aufgeteilt und außerdem sechs Landsmannministerstellen errichtet würden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19170621/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

perialismus zu befreien. Die revolutionäre Demokratie Rußlands wiederholt ihre Auffassung von der Notwendigkeit, für einen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen einzutreten. Alle sozialistischen Parteien müssen ihre Regierungen beeinflussen, dieses Prinzip anzunehmen. Die russische Demokratie erreichte dies durch den Sturz Miljukows. Leider haben andere Länder nicht denselben Erfolg gehabt. Der Rat kann nichts Dunkles oder Unvollständiges in seinem letzten Appell finden; die internationale Solidarität muß die Grundlage für die Beziehungen zwischen den Arbeiterklassen sein. Der Rat stellt den Nutzen und die Notwendigkeit einer Diskussion über die Friedensbedingungen nicht in Abrede, aber er hat keine Vollmacht, den Frieden zu schließen und erachtet es für nützlicher, Einfluß auf die Regierung zu erreichen. Die sozialistische Politik kann sich nicht der Methoden der Geheimdiplomatie bedienen. Sie muß auf bestimmte Prinzipien gegründet werden, offen vor dem Volke kämpfen und nicht um Einzelheiten feilschen. Wir glauben, daß, wenn sich alle Länder unseren Grundsätzen vom Selbstbestimmungsrecht der Nationen, keine Annexionen usw. anschließen wollten, es nicht schwierig sein würde, zum Einverständnis über die Einzelheiten zu kommen.

• • •

Amerikanische Sozialisten über Wilsons Kapitalspolitik.

† Kopenhagen, 20. Juni.

Social-Demokraten meldet aus Stockholm: Die drei amerikanischen Abgeordneten Goldfarb, Reinstein und Dahlbowitsch erschienen gestern in der Sitzung der sozialistischen Komitees. Sie haben, nachdem die amerikanische Regierung ihnen den Paß verweigert hatte, unter dramatischen Umständen Amerika verlassen. Goldfarb führte eine schriftliche Erklärung der amerikanischen Sozialisten Partei, der größeren der beiden amerikanischen sozialistischen Parteien mit. Reinstein erklärte gegenüber einem Mitarbeiter von Politiken, daß die Großkapitalisten Amerikas die Kriegserklärung Wilsons verursacht hätten. Amerika werde zur Zeit von Morgan und Wallstreet regiert. Die Tochter Wilsons habe in diese Kreise hineingeheiratet. Wilson habe sich immer mehr von den Interessen der Kapitalisten leiten lassen. Eine Zeitlang habe man auch befürchtet, daß Rußland mit Deutschland einen Sonderfrieden abschließen und Amerika, das bei den Alliierten als Waffenlieferant angebrachte Kapital verlieren würde, wenn Deutschland Sieger bliebe. Diese Kapitalistensorgen hätten schließlich auf Wilson einen derartigen Druck ausgeübt, daß er das Land in den Krieg gestürzt habe. Die amerikanischen Sozialisten seien neutral. Sie wünschten Frieden ohne Siege, aber namentlich einen Frieden, der für das internationale Proletariat von Nutzen wäre.

Reaktionäre Strömungen in Rußland.

Der Budapester Korrespondent der Telegraphen-Union erfährt aus Stockholm: Von einer soeben aus Moskau hier eingetroffenen Persönlichkeit wird erklärt, daß Rußland am Vorabend großer neuer Ereignisse stehe. Mit Rücksicht hierauf habe Rodzianko die Mitglieder der Duma aufgefordert, in Permanenz zu bleiben. Die bürgerlichen Parteien planen den Sturz des sozialistischen Regimes. Die bürgerlichen Parteien haben auch in Offizierskreisen viele Anhänger. Kosaken wurden eiligst in die größeren Städte befördert. Die jetzige Regierung soll aber fest entschlossen sein, den Kampf mit der Reaktion energisch aufzunehmen.

•

Nach einer Meldung der Petersburger Telegr.-Agentur ist ein Kongreß von Kosakenvertretern in Petersburg zusammengetreten, der sich mit der Haltung der Kosaken zur einstweiligen Regierung, zur verfassunggebenden Versammlung, zum Kriege und zu anderen Fragen befassen soll. — Die Arbeiten der Versammlung der Bergleute und Bergwerksbesitzer haben die Bereitschaft der gegenseitigen Zugeständnisse ergeben. — Aus Tiflis wird berichtet, daß in einer Sitzung des ausführenden Ausschusses des dortigen Arbeiter- und Soldatenrates die Distriktskommissare von 7 Distrikten Berichte verlasen, wonach die Bauern mit der neuen Regierung sehr zufrieden sind.

Das Reuterbureau berichtet aus Petersburg: Als die Anarchisten, die in das Gebäude der Kreuzkoja Wolja eingedrungen waren, von den Kosaken fortgeführt wurden, hätte die Menge die Anarchisten lynchen wollen. Die Kosaken hätten aber die Aufgeregten beruhigt mit dem Hinweise, daß man die Anarchisten in das Gefängnis bringen werde. Tatsächlich seien sie aber nach dem Gebäude der Kadettenpartei gebracht worden, wo gegenwärtig der Arbeiter- und Soldatenrat tagt.

Wie verschiedene Blätter berichten, hat der in Odessa abgehaltene erste allrussische Kongreß russischer Staatsbürger deutscher Nationalität eine Entschließung gefaßt, worin alle Deutschrussen aufgefordert werden, der einstweiligen Regierung zu gehorchen. An die Regierung sei eine Sympathiekundgebung übermittelt worden.

•

Ein Regiment gegen Annexionen.

† Stockholm, 20. Juni.

Nach der Zeitung Iswestija hat eines der in Helsingfors befindlichen russischen Regimenter mit einem Telegramm an den Arbeiter- und Soldatenrat in Petersburg gegen die chauvinistischen Kriegsziele der französischen Regierung Einspruch erhoben und den Rat aufgefordert, im Namen Rußlands und der russischen Armee zu antworten, daß Rußland niemals eine Aktion zugunsten von Annexionen oder Kriegsentschädigungen unternehmen könne.

•

Amerika und Rußland. — Alliierten-Konferenz.

Petersburg, 20. Juni.

Der Minister des Äußern, Terestschenko, erklärte in einer Besprechung mit den Vertretern der Presse u. a.: Was die wichtige Frage der Teilnahme der Vereinigten Staaten am Kriege betreffe, so sei die nordamerikanische Republik keinerlei Vertrag mit den Alliierten eingegangen. Die Besprechungen mit dem Senator Root und der amerikanischen Abordnung fänden in aller Offenheit statt. Es sei nicht verfügt worden, bezüglich einer Zusammenarbeit einen Druck auf Rußland auszuüben. Alle Gerüchte über ein Abkommen zu diesem Zweck zwischen mit Japan seien falsch. Ueber die Einberufung einer Konferenz der Alliierten sagte der Minister, diese sei noch in Vorbereitung.

Die Vergewaltigung Griechenlands.

Nach der völligen brutalen Vergewaltigung Griechenlands, die dem unterdrückten und von der Außenwelt abgeschlossenen unglücklichen griechischen Volke jede Möglichkeit nimmt, seine eigene Meinung zu Rußland gelangen zu lassen, legt die Entente mit einem Weißbuche über Griechenland aus. Nach den englischen und französischen Kommentaren erscheinen die Ententetruppen als Befreier Griechenlands, das der Rückkehr von Venizelos begeistert zujubele. Man sieht jedoch nicht recht ein, von wem das griechische Volk eigentlich befreit werden soll. Handelt es sich wirklich nur um einige deutsche Agenten, so brauchte man dazu doch nicht 25 000 Mann aufzubieten, wo sie der Entente im Westen bitter nötig wären. So schreibt Nieuwes van den Dag in der Abendausgabe vom 19. Juni über die Proklamation Jonnarts, in der Griechenland eine neue Zeit des Friedens und der Arbeit angekündigt wird: Friede war auch bis jetzt, die Arbeit war nur darum sehr schwierig, weil die Entente Griechenland blockierte. Bezeichnet etwa Jonnarts Mitteilung, daß die Friedenszeit mit einer Kriegsepoche eingeleitet werden soll? Jonnart versichert gleichzeitig, daß die Entente Griechenland die allgemeine Mobilisation nicht auferlegen werde, aber man weiß ganz gut, daß die Entente noch andere Mittel kennt, um ein Volk zum Frieden zu zwingen.

Sobald Venizelos zurückkommt, heißt es, vielleicht daß Griechenland selbst um die Teilnahme am Kriege nachsucht.

•

Eine schwarze Liste Jonnarts.

Reuter meldet aus Athen: Jonnart hat dem Ministerpräsidenten eine Liste von Personen überreicht, die nach seiner Meinung durch die jüngsten Ereignisse der Entente entgegengearbeitet hätten. Man wünscht, daß diese Personen gefangen genommen und bis zur Beendigung des Krieges auf eine Insel verbannt werden. Die Liste soll angeblich 50 Namen umfassen. (Vossische Zeitung.)

Ein englisch-französisches Geschwader vor Korinth.

Central News melden aus Rom: Ein Geschwader französischer englischer Kriegsfahrzeuge ist vor der Landenge von Korinth angekommen. Die Vorgänge auf dem Peloponnes haben die Entsendung weiterer Truppen als ratsam erscheinen lassen.

Kundgebungen gegen König Konstantin.

† Bern, 20. Juni. (Schweizerische Depeschen-Agentur.) Gestern abend fanden in Lugano Kundgebungen gegen den König von Griechenland statt, wobei es zu Tätlichkeiten gegen den König gekommen zu sein scheint. Der König mußte in ein Café flüchten und wurde von dort durch den Präfekten der Stadt unter Bedeckung von Soldaten und Polizeibeamten in das Palasthotel begleitet. Infolge der Unruhen ist ein Italiener verhaftet worden; eine Untersuchung ist im Gange.

•

Zu den Kundgebungen gegen König Konstantin in Lugano läßt sich die Voss. Ztg. berichten: Während eines Konzerts auf der Piazza Riforma sei der König an einem Tisch vor dem Restaurant Gambrinus erkannt und alsbald von einer Menschenmenge umringt worden, die ihn, als er sich allein nach dem Palast-Hotel begeben wollte, johlend, schimpfend und pfeifend begleitet hat. — Wie der Berl. Lokalanz. hierzu berichtet, hat auf telephonischen Anruf der Militärkommandant von Lugano den König befreit. Vor dem Hotel hat die Menge ihr Pfeifkonzert noch fortgesetzt. Erst um 10 Uhr konnte die Ruhe wieder hergestellt werden. Eine Militärwache ist in das Hotel verlegt worden.

Elsaß-Lothringen. — Imperialismus und Demokratie.

Aeußerungen Scheidemanns.

eb. Stockholm, 18. Juni 1917.

Ein wie großes Interesse man im Auslande, ganz besonders in Rußland den Verhandlungen in Stockholm entgegenbringt, und welche Wichtigkeit man vor allem der Haltung der deutschen Sozialdemokratie beimißt, geht daraus hervor, daß sich die vielen Journalisten aus allen Kulturländern, die seit dem Anfang der sozialistischen Konferenz in der schwedischen Hauptstadt anwesend sind, unausgesetzt bemühen, Aeußerungen der Mitglieder der deutschen Abordnung zu erlangen. Dem wiederholten, dringenden Ersuchen russischer Journalisten nachgebend, hat Scheidemann folgende Antworten gegeben, aus denen sich ohne weiteres die Fragestellung ergibt:

„In Elsaß-Lothringen hat meines Wissens bisher kein Mensch ein Plebiszit verlangt. Alle Vertreter des elsaß-lothringischen Volkes, die bekanntlich auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts gewählt sind, haben wiederholt bis in die allerneueste Zeit hinein erklärt, daß sie nicht daran denken, sich von Deutschland trennen zu wollen. Sie verlangen lediglich volle Gleichstellung Elsaß-Lothringens als selbständigen Bundesstaat mit allen übrigen deutschen Bundesstaaten. Das ist eine Forderung, die sich durchaus deckt mit derjenigen, die die Sozialisten Frankreichs und Deutschlands bis zum Ausbruch des Krieges in vollkommener Uebereinstimmung aufgestellt haben. Außerhalb Deutschlands wird bei Erörterungen über Elsaß-Lothringen fast immer vergessen, daß es sich um ein Land handelt, daß bis auf etwa 10 Prozent kerndeutsch ist und an dem nur etwa 11.5 Prozent der Gesamtbevölkerung überhaupt französisch verstehen. Elsaß-Lothringen wurde im 17. Jahrhundert gewaltsam durch Frankreich von Deutschland losgerissen, 1870 von Deutschland zurückgenommen. Deshalb ist es absolut unverständlich, daß auch die französischen Sozialisten sich in der elsaß-lothringischen Frage so vollkommen solidarisch erklären mit den nationalistischen Kreisen Frankreichs.

Die Frage, warum die Mehrheit der Deutschen Sozialdemokratie gegen ein Plebiszit sei, zeigt auch wie wenig man im Auslande die Stimmung des deutschen Volkes gerade in bezug auf Elsaß-Lothringen kennt. Es ist mir nicht bekannt, — so fuhr Scheidemann fort —, daß irgendwelche Unterschiede in der Beurteilung dieser Frage bestehen zwischen den verschiedenen Gruppen des deutschen Sozialismus. Ich glaube, daß in der elsaß-lothringischen Frage alle Deutschen eines Sinnes sind.

Gegenüber der in den Ententeländern verbreiteten Anschauung, daß die deutsche Regierung, gestützt auf einflußreiche Kreise imperialistische Tendenzen verfolge, antwortete Scheidemann:

Deutschland hat während 44 Jahren Frieden gehalten. Ich will nicht die Kriege alle aufzählen, die in dieser Zeit von den uns jetzt feindlich Gegenüberstehenden geführt worden sind und die einen wirklich aggressiv-imperialistischen Charakter trugen. Es ist richtig, daß es bei uns auch einflußreiche Kreise gibt, die imperialistische Kriegsziele aufgestellt haben. Tatsache ist aber auch, daß diese Kreise in Deutschland nicht den Einfluß gewinnen konnten, den sie in England und Frankreich immer noch haben. Das deutsche Volk führt den jetzigen Krieg lediglich zu seiner Verteidigung gegenüber den aggressiv-imperialistischen Kriegszielen, die von feindlichen Regierungen wiederholt und noch bis in die letzte Zeit verkündet worden sind.

Es will mir übrigens scheinen, daß das deutsche Volk auf seine Regierung bereits einen erheblich größeren Einfluß auszuüben vermag, als das in den sogenannten demokratischen Staaten der Fall ist. Das geht nicht nur aus den Parlamentsverhandlungen hervor, sondern es wird meines Erachtens auch sehr gut illustriert durch das Verhalten der Regierungen in der Paßfrage. Daß die Demokratisierung in Deutschland fortschreitet, ist gewiß. Ich kann übrigens nur wünschen, daß die Demokratisierung auch in England, Frankreich und Amerika fortschreite, wo die Regierungsmacht im Besitz einer kleinen imperialistisch-kapitalistischen Interessenschicht ist, aus deren Händen die Masse des minderbemittelten Volkes ihr Schicksal entgegennehmen muß. In Deutschland ist der Einfluß der Demokratie wenigstens stark genug, zu verhindern, daß diese imperialistisch und nationalistisch orientierten Kriegspolitiker das Heft in die Hand bekommen. Erst wenn auch jene anderen Länder wirklich demokratisiert sind, das heißt, die Massen des Volkes entscheidend sind, werden wir hoffen dürfen, einen Zustand dauernder, friedlicher Beziehungen zwischen den Völkern zu erreichen.

Fortdauernde Neutralitätspolitik der Schweiz.

Nach Meldungen aus Bern ist zu erwarten, daß die Neutralitätspolitik der Schweiz durch Hoffmanns Rücktritt keine Veränderung erfahren wird. Der gesamte Bundesrat ist in den Fragen der Neutralität stets mit Hoffmann einig gegangen, und Präsident Schultheß, der vermutliche Nachfolger im Departement des Aeußern, hat sich, wenn auch auf engerem wirtschaftlichen Gebiete, schon oft als Vertreter ehrlicher Neutralität erwiesen. Häufig genug hat er im Parlament betont, daß die Schweiz ihre wirtschaftlichen Beziehungen nach beiden Seiten aufrecht erhalten müsse. Wiederholt ist er auch gegen die unbilligen Verleumdungen aufgetreten, als lasse sich Deutschland über und durch die Schweiz versorgen.

Die Zürcher Zeitungen verurteilen Hoffmann hauptsächlich deswegen, weil er sich ausgerechnet den Herrn Robert Grimm zum Vermittler ausdachte. Die gemäßigte Presse der französischen Westschweiz versucht, die Ausdehnung der Aufregung einzudämmen, indem sie schreibt, durch Hoffmanns Rücktritt sei die Schuld gesühnt. Die bedrängte Lage des Landes verlange den Zusammenschluß, nicht aber gegenseitige Bekämpfung. Die romanische Schweiz erwarte, daß bei der Neubesetzung des Postens des Staatssekretärs des Auswärtigen den westschweizer Wünschen Rechnung getragen werde.

In der sozialistischen Presse der Schweiz werden die vom Bundesrat Hoffmann mit Unterstützung gerühmten Versicherungen der deutschen Sozialdemokraten [illegible] als die Neubesetzung eines Mannes bezeichnet, dessen Unparteilichkeit keinem Zweifel unterstellt werden dürfe. [illegible] als ein Versuch anzusehen, [illegible] sprengen [illegible] Stimmung [illegible] des legal [illegible] die Entente [illegible] Regierung habe durch seine Veröffentlichung der Hoffmannschen Depesche eine hoffnungsvolle Friedensaktion entgegengearbeitet. Das [illegible] nicht Wirklichkeit.

Wie der Vorwärts bekannt gibt, hat die deutsche Sozialdemokratie mit dem Falle Hoffmann-Grimm und allem, was damit im Zusammenhang steht, nicht das allergeringste zu tun.

•

Ausschreitungen in Genf.

wtb. Bern, 20. Juni. Am Dienstag abend beschloß eine Volksversammlung in Genf von ungefähr 15 000 Personen, eine Versammlung des Bundesrats zu verlangen und Kommissare einzusetzen, die die Verantwortlichkeiten in der Angelegenheit Hoffmann feststellen sollen. Die Versammlung verlief sehr ruhig. Hierauf jedoch begaben sich Gruppen von Kundgebenden vor das deutsche Konsulat und versuchten, das Konsulatsschild herunterzureißen. Die Polizei schritt aber ein und nahm das Schild ab, das auf dem Polizeipostenamt in Sicherheit gebracht wurde. Die Kundgebenden gingen vor das österreichisch-ungarische Konsulat, wo Fenster eingeworfen wurden. Polizisten kamen in Kraftwagen an und zerstreuten rasch die Menge in der Umgebung des Konsulats. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen. Andere Kundgebungen fanden vor dem türkischen Konsulat statt. Die Gendarmen gaben blank und schossen einige blinde Schüsse ab. Mehrere Polizisten und Kundgebende sind leicht verwundet worden. 19 Personen im Alter von 16 bis 18 Jahren wurden verhaftet.

Deutsches Reich.

Die Konfiskation des Wuchergewinnes.

Im Berliner Tageblatt tritt Staatsanwalt Barth-Nürnberg für die Konfiskation der mittelst strafbarer Handlungen erzielten Kriegsgewinne ein. Er bemerkt in seinem Artikel einleitend, daß das allgemeine Gerechtigkeitsgefühl es [illegible] durch strafbare Handlungen geschaffenen Gewinne [illegible] Wucherern wieder abzunehmen, zumal da sich diese [illegible] Bevölkerung doch nicht [illegible]

[illegible]

der Wuchergewinne. **Auf Grund der bisherigen Gesetze** ie sich diese Frage aber nicht lösen, da in solchen Fällen zur Klage berechtigte Person fehle. **Beim Kriegswucher** die Gesamtheit der Volksgenossen oder wenigstens ein kleinerer oder kleinerer Kreis davon geschädigt. Der Staat d. h. der Fiskus sei zwar die Gesamtheit der Volksaber nicht ihr gesetzlicher Vertreter; er sei also nicht berechtigt, **auch wenn noch so weite Volkskreise durch Kriegswucher geschädigt sind. Die jeweils Geschädigten einer klageberechtigten Personenmehrheit zu vereinigen unter einen Hut zu bringen, sei auch unmöglich. Sollen** unerlaubte Kriegsgewinne erfaßt, den Wucherern entzogen und zum **allgemeinen Besten verwertet werden, so** ein Klagerecht **des Staates erst durch ein neues Gesetz** zu schaffen und **dasselbe mit rückwirkender Kraft ausgestattet** werden. Zur Durchführbarkeit **dieses Gesetzes müßten dem** Volke aber auch **alle notwendigen Rechte eingeräumt** werden.

Es gehört nicht viel dazu, **diese vom Staatsanwalt** zu entdeckte Lücke in der Gesetzgebung auszufüllen, und **Beifall des gesamten Volkes mit Ausnahme der Wucherer** wird dem Reichstag **hierbei sicher sein.**

Die Kohlenversorgung der städtischen Bevölkerung.

† Der Hauptausschuß des Deutschen Städtetages hat eine Entschließung zur Kohlenversorgung **gefaßt, in der es heißt: Die Ver**sorgung der Städte mit **dem dringendsten Bedarf an Brennstoffen** erfordert nur einen geringen Teil der deutschen Kohlenerzeugung, aber für die städtische **Bevölkerung genau so wichtig wie die** Versorgung mit Lebensmitteln. **Es ist Aufgabe des Reichs, die Heranförderung mit allen Kräften zu steigern** und die Heranziehung des den Städten zukommenden **Anteils sicherzustellen.** Hierbei tut es schnellsten **und von größter Tatkraft getragenen Han**delns. Die **Heranschaffung des Brennstoffs für die Bedürfnisse der** städtischen Bevölkerung bei **selbstverständlicher Beschränkung auf** das Notwendigste **steht in einer Linie mit der Belieferung der Kriegsindustrie.**

Ausschüsse für Heereslieferungen. — Gesundheitszustand der Armee.

Die Kommission zur Prüfung der Verträge über Kriegslieferungen hatte gestern Sitzung.

Von Vertretern des **Kriegsministeriums** wurden verschiedene von Mitgliedern der Kommission gestellte Anfragen beantwortet. Hierbei kamen auch die **erheblichen Gewinne großer, fast ausschließlich mit Heereslieferungen beschäftigten Gesellschaften** zur Erörterung, wie sie sich aus ihren Jahresabschlüssen ergeben. Eine nochmalige Nachprüfung der den Gesellschaften gezahlten Preise wurde dringend befürwortet.

Mit Rücksicht darauf, daß sich das von der Heeresverwaltung eingeführte in weitgehendem Maße durchgeführte Ausschlachten von Fahrzeugen im eigenen Betrieb sehr bewährt hat, wurde von verschiedenen Mitgliedern der Kommission der Ansicht Ausdruck gegeben, daß es sich empfehlen möchte, **das Verfahren für große Standorte auch** im Interesse der guten Verpflegung der Truppen und aus fiskalischen Gründen beizubehalten.

Sodann folgte ein **Vortrag über die Beschaffung der Mittel** aus dem Gebiete des **Sanitätswesens**, an dessen Schluß der Vertreter des Kriegsministeriums mitteilte, daß der Gesundheitszustand des Heeres andauernd gut sei. **Epidemien** sind, abgesehen von der ersten Zeit, in die die Truppen in verseuchtes Gebiet einmarschieren mußten, bisher nicht vorgekommen. **Das Ergebnis der Behandlung der** Kriegsverwundeten ist ein sehr günstiges. **Von hundert Mann des** Feldheeres, die draußen **oder in der Heimat ärztlich behandelt sind,** 91,3 wieder **dienstfähig geworden, davon siebzig für die Front,** 8,4 **mußten als dienstunbrauchbar entlassen werden.**

Reichstag und Hauptausschuß. Wie die Telegraphenunion erfährt, wird der **Hauptausschuß des Reichstags am 4. Juli, das** Plenum am 5. Juli zusammentreten. Sehr wahrscheinlich wird der Hauptausschuß sofort in eine **Beratung** über die gegenwärtige politische und militärische Lage **eintreten.**

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Die Krise in Oesterreich.

† **Wien, 20. Juni. Der Budgetausschuß setzte heute die Ver**handlung des Budgetprovisoriums fort. Der Berichterstatter Steinwender beantragte **statt eines sechsmonatigen ein viermonatiges** Provisorium, ferner die **Kreditermächtigung mit dem Höchstbetrage** von sechs Milliarden **für diese Zeit festzusetzen. Der Finanzminister** von Spitzmüller führte aus: **Die Frage, ob sechs- oder viermonatiges** Provisorium sei teilweise auch eine politische, zu der er gegenwärtig keine **endgültige Stellung nehmen könne.** Mit dem vorgeschlagenen Höchstbetrage **für die Kreditermächtigung erklärte sich** der Redner unter gewissen Bedingungen einverstanden, wies aber darauf hin, daß die Erlöse **aus den Kreditoperationen nicht nur der** Bedeckung militärischer **Ausgaben, sondern auch einer großen An**zahl von Fürsorgemaßnahmen dienen sollten. Eine möglich reichliche Bemessung des **Höchstbetrages liege daher** weniger im Interesse der Regierung, als vielmehr in dem der Bevölkerung.

Im Laufe der **Erörterungen erklärte der tschechische Sozialdemokrat Tusar, die Tschechen, insbesondere die tschechischen Sozialdemokraten ständen vorbehaltlos auf dem Boden des Staates und** seiner dortigen Bekenntnis schon vor dem Kriege abgelegt. Die nächste Sitzung findet morgen statt.

Wien, 20. Juni. Der Ministerpräsident Graf Clam-Martinitz ist im Laufe **des Tages Besprechungen mit den Vertretern der** Polen, Südslawen, **Ruthenen, Tschechen und der Unio Lauma.**

Amerika.

Die Ergebnisse der Rekrutierung.

† Berlin, 20. Juni. Die Ergebnisse der amerikanischen Rekrutierung liegen laut **New York Times** in der Mitte des Monats vor. Danach mit den ersten **Tagen desselben Monats, einen Rück**gang von 20 Proz. Während das tägliche Durchschnittsergebnis bis etwa 2000 **Freiwillige betrug, hätten sich nach dem** 15. Mai etwa 1000 **Freiwillige täglich gestellt. Die Gesamtzahl** der bis Ende April angemeldeten **Freiwilligen beträgt etwa 75 000.**

Ost-Asien.

Die Unruhen in China.

[illegible] Juni. Die Petersburger Telegraphen-Agentur [illegible] vom 19. Juni. Die aufständischen Truppen des [illegible] haben die **Brücken über den Hoangho** [illegible] Peking **zerstört** [illegible] zur Ueberbrückung eines Ka[illegible] Pukow. [illegible] **Der gesamte Reise- und Güterverkehr auf** der Bahn Peking—Hankau, Tientsin—Pukow. [illegible] **Der Generalstreik erlitt Einbuße** [illegible] **Das Parlament hat seine** Tätigkeit eingestellt. [illegible] Tuan [illegible] **Regierung** [illegible] **Gegenpräsidenten.**

14. Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.

eb. Nürnberg, 19. Juni.

Ueber den Ausbau des **konsumgenossenschaftlichen Fortbildungswesens** referiert Adolf **Kupprecht**-Berlin, der zugleich den Bericht der Fortbildungskommission erstattet. Nach dem Kriege werde es den Konsumvereinen vielfach an geeigneten Kräften fehlen, die Heranbildung eines tüchtigen Nachwuchses sei für sie eine Lebensfrage. Auch die Fortbildung der älteren Kräfte dürfe daher nicht vernachlässigt werden. Notwendig sei die Errichtung einer wirklichen genossenschaftlichen Schule mit halbjährigem Kursus, die junge, sorgfältig ausgewählte Kräfte gründlich in das Wesen der modernen Genossenschaftsarbeit einführe. Vorbedingung dabei sei, daß sie das Getriebe des Konsumvereins aus praktischer Tätigkeit bereits kennen. Als Ort der Genossenschaftsschule komme nur Hamburg in Frage. Daneben seien Kurse für Buchführung und Sonderkurse verschiedener Art für die Leitungen und Aufsichtsrats-Mitglieder erforderlich, ebenso Kurse, in denen die Sekretäre gegenseitig ihre Erfahrungen austauschen könnten. Auch dem Personal müsse Gelegenheit zur genossenschaftlichen Ausbildung gegeben und der Masse der Mitglieder Einsicht in das Wesen der Konsumvereine erschlossen werden.

Nachdem Frau Helma **Steinbach**-Hamburg eine bessere Berücksichtigung der weiblichen Kräfte empfohlen hat, denen der Hauptanteil an der Schulung gebühre, erklärt sich der Genossenschaftstag mit diesen Grundsätzen einverstanden.

Ueber die **öffentlich-rechtliche Vertretung der Verbraucher** spricht Reichstagsabgeordneter Fr. **Feuerstein**-Stuttgart, der sogende Resolution des Generalrats empfiehlt, die ohne Debatte einstimmig angenommen wird:

„1. Das durch den Krieg schwergeschädigte Wirtschaftsleben **des deutschen Volkes bedarf für den Wiederaufbau und die zweck**mäßige Organisierung zur gesunden Weiterentwicklung **nach dem** Kriege auch der Mitwirkung bereits organisierter wirtschaftlicher Volkskräfte.

Zur diesen Zweck in erster Linie, aber auch zum vorbeugenden Schutz der Verbraucherinteressen bei der wirtschaftlichen Neuordnung der Dinge ist es durchaus geboten, daß auch die konsumgenossenschaftlich organisierten Verbraucher in den öffentlich-rechtlichen Interessenvertretungen des deutschen Wirtschaftslebens zu Wort kommen.

2. Im Hinblick darauf scheint es als eine im Interesse der Allgemeinheit liegende dringliche und verantwortliche Aufgabe der Regierungen und gesetzgebenden Körperschaften des Reiches und der Bundesstaaten, unverweilt dafür Sorge zu tragen, daß den konsumgenossenschaftlichen Verbrauchervereinigungen in den bestehenden Handelskammern eine im Verhältnis ihrer organisatorischen und wirtschaftlichen Bedeutung zur Allgemeinheit und Gesamtwirtschaft des Volkes stehende ständige Vertretung eingeräumt wird."

Lorenz-Hamburg macht Mitteilungen über den **internationalen Genossenschaftsbund.** Das Internationale Genossenschafts-Bulletin erscheine weiter und erhalte Mitteilungen von allen angeschlossenen Verbänden. Auch der leitende Ausschuß hält regelmäßig seine Sitzungen ab und hat verschiedene wichtige Beschlüsse gefaßt. Unter der Einwirkung des Krieges ergreift der Genossenschaftsgedanke besonders auch in Rußland weite Kreise, die ihm bisher ferngestanden haben. Deutlicher als irgendeine andere Zeit zeigt der Krieg die Ueberlegenheit des genossenschaftlichen Gemeinschaftsgedankens über die Idee des vernichtenden Konkurrenzkampfes. Der Genossenschafter nimmt als solcher entschieden Stellung gegen Imperialisten und Annexionisten in den feindlichen wie im eignen Lande, deren wahnsinnige Kriegsziele das Morden verlängern. Er vertritt ihnen gegenüber das Verlangen des Volkes nach Frieden, das sich auch in den feindlichen Ländern jetzt stärker rührt. Der Stockholmer Tagung bringen alle deutschen Genossenschafter die wärmsten Sympathien und besten Wünsche entgegen. In allen Ländern muß der Ruf erschallen: Die Waffen nieder! Es lebe der Frieden! (Lebhafter Beifall.)

Ueber die **Unterstützungskasse** des Zentralvereins deutscher Konsumvereine erstattet Heinrich **Kaufmann** Bericht, über die Tätigkeit des Tarifamtes Heinrich **Lorenz**. Er bemerkt, daß die Gewerkschaften Klage darüber führten, daß manche Genossenschaften die vereinbarten Teuerungszulagen nicht zahlten. Das Tarifamt verlangt, daß die von ihm getroffenen Vereinbarungen innegehalten werden. Sei eine Genossenschaft vorübergehend dazu nicht in der Lage, so würden die Revisionsverbände helfend eingreifen.

Hierauf wird die Jahresrechnung genehmigt und die Entlastung erteilt. Für allgemeine genossenschaftliche Zwecke werden den Revisionsverbänden insgesamt 14 000 M. zugewiesen. In die Fortbildungskommission wird an Stelle des verstorbenen Genossen v. Elm Everling-Hamburg gewählt. Für die turnusmäßig ausscheidenden Mitglieder des Vorstandes und Ausschusses werden die Ersatzwahlen vorgenommen und der Voranschlag für 1918 genehmigt.

Vertreten sind auf dem Genossenschaftstag 410 Organisationen mit 918 Delegierten.

Nach Erledigung der Arbeiten des Verbandstages spricht der Vertreter der Stadt Nürnberg den Genossenschaftern herzliche Abschiedsgrüße aus und Vorsitzender Barth faßt die Tagung mit dem Wunsche, daß der nächste Genossenschaftstag im Frieden zusammentreten möge.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Alphalteure und Gewerkschaftskartell in Leipzig.

Die Zersetzungsarbeit in der Leipziger Gewerkschaftsbewegung, die bereits die Absplitterung der Leipziger Metallarbeiter vom Kartell zur Folge hatte, führte jetzt zu einer weiteren Absplitterungsdrohung. Und zwar sind es die Alphalteure und Pappdecker, die in ihrer letzten Versammlung folgende Entschließung faßten:

„Die heutige gutbesuchte Versammlung verlangt von ihren Kartelldelegierten, eine sozialpatriotische Politik, wie sie vom Leipziger Kartell getrieben wird, nicht mitzumachen, sondern im Kartell dahin zu wirken, daß eine rein gewerkschaftliche, den allgemeinen Arbeiterinteressen entsprechende Politik wie in früheren Jahren wieder eingeschlagen wird. Sollte der Kartellausschuß mit seiner jetzigen Taktik so weitertahren, so sehen sich die Versammelten genötigt, als Verband der Alphalteure und Pappdecker aus dem Kartell auszutreten."

Der Jahresabschluß der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine.

Die Gesamtzahl der Mitglieder der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine betrug im Jahre 1913 über 106 000. Die Mitgliederzahl sank im Jahre 1915 auf 61 000 und 1916 auf 57 765. Der Mitgliederverlust im Jahre 1916 ist geringer als die Zahl der Einberufungen. — Der Kassenabschluß für 1916 weist einen Ueberschuß von 80 000 M. auf. Der Vermögensbestand beträgt über 1½ Millionen M. einschließlich der Krankenkasse und Sterbekasse. Die Zahl der weiblichen Mitglieder [illegible] hinter dem Friedensstand zurück. Im allgemeinen haben auch die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine die schwere Belastungsprobe des Krieges einigermaßen glücklich überstanden.

Einigung zwischen Reedern und Seeleuten.

Das [illegible] der Reichsarbeitsamtes herbeigeführte Abkommen zwischen dem Deutschen Transportarbeiterverband und dem Zentralverein Deutscher Reeder auf genossenschaftlicher und sozialer Grundlage [illegible] nunmehr eine [illegible] der deutschen Seeleute [illegible] eine nicht unwesentliche Erhöhung erzielt worden, nach der eine [illegible] Heuerzuschläge und Ueberstundenlöhne für alle seemännischen Berufsarbeiter [illegible] Das Abkommen wird von allen Reedern anerkannt [illegible]

erstattet und außerdem ist bezüglich der Kursverlustfrage im überseeischen Häfen eine Verständigung erzielt worden. Bezüglich der Gestaltung der Heuerverhältnisse nach dem Kriege ist eine entsprechende Vorsorge getroffen.

Aus aller Welt.

Malzschieberprozeß.

† **Baireuth**, 20. Juni. Das Landgericht hat heute wegen Malzschieberei den Malzfabrikanten und Brauereibesitzer Leonhard Schübel in Stadtsteinach zu einer Geldstrafe von 53 000 M., seinen Bruder Wilhelm, Brauereibesitzer, zu 65 000 M. und den Brauereibesitzer Georg Püls in Weismain zu einer Geldstrafe von 70 000 M. verurteilt. Die beiden Schübel hatten einen übermäßigen Gewinn von über 44 000 M., Püls einen solchen von über 40 000 M. erzielt.

Jugentgleisung.

† **Brandenburg**, 20. Juni. Amtlich wird gemeldet: Der Eilgüterzug 6040 fuhr heute nacht infolge Ueberfahrens des Einfahrtssignals auf Bahnhof Gerwisch auf eine Rangierabteilung, wobei drei Lokomotiven und fünf Wagen entgleisten. Der Lokomotivführer und der Heizer des Eilgüterzuges wurden getötet. Die Hauptgleise sind voraussichtlich bis heute abend gesperrt. Der Verkehr wird durch Umsteigen aufrecht erhalten. Alle Züge werden über Güterglück umgeleitet.

Große Brände.

† **Königsberg**, 20. Juni. Die bei Bialystok gelegene Ortschaft Rotwoiwatn ist fast gänzlich niedergebrannt. Ueber 50 Gebäude wurden eingeäschert.

† **Augsburg**, 20. Juni. Im Dorfe Groß-Schönau brach ein Großfeuer aus, das in kurzer Zeit 12 Bauernanwesen mit sämtlichen Nebengebäuden einäscherte. Nur die Kirche und der Pfarrhof konnten mit großer Mühe gerettet werden.

Letzte lokale Nachrichten.

Das Urteil im Prozeß Winkler-Fischer.

Schwurgericht. Nach dem Wahrspruch der Geschworenen wurde in dem Grundstücksspekulantenprozeß folgendes Urteil gefällt: Der Angeklagte **Winkler** wurde wegen betrügerischen Bankrotts und Meineids zu **fünf Jahren Zuchthaus** und **sechs Jahren Ehrenrechtsverlust**, die **Fischer** wegen Beihilfe zu betrügerischem Bankrott und Meineids in drei Fällen zu **drei Jahren sechs Monaten Zuchthaus** und **vier Jahren Ehrenrechtsverlust** verurteilt. Beide Angeklagte wurden dauernd für unfähig erklärt, als Zeugen eidlich vernommen zu werden. Bei der Fischer gelten neun Monate der Untersuchungshaft als verbüßt.

Tod in der Schule. Ein in der Ermelstraße wohnhafter 17 Jahre alter Lehrling wurde heute früh in der siebenten Stunde in einem Zimmer der Städtischen Gewerbeschule an der Dürerstraße tot aufgefunden. Er hatte sich gestern abend dort einschließen lassen, um sein Leben durch Einatmen von Gas gewaltsam zu beschließen. Die an ihm sofort vorgenommenen Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos, da der Tod bereits eingetreten war. Ueber die Ursache des Selbstmordes ist nichts bekannt geworden.

Telegramme.

Italienische Ruhmredereien und Siegeswünsche.

Rom, 20. Juni. (Agencia Stefani.) Der Ministerpräsident **Boselli** verlas in der Kammer eine ministerielle Erklärung, in der es heißt: Unsere Eintracht wird gewollt vom Lande, das immer bewunderungswürdiger ist durch seinen Widerstand, seine bürgerlichen Werke und durch den Ernst der furchtbaren Stunde der Weltgeschichte, deren neue Seiten unaufhörlich wechseln von der russischen Revolution und Umwälzung bis zum Aufschwung von Teilnahme und Gemeinschaftlichkeit für die Sache der Alliierten, der die größte Demokratie der Welt erschütterte und so laut aus den Botschaften des Präsidenten Wilson sprach. Unser unvergleichliches Heer hat dem Ruhme Italiens einen neuen Kranz hinzugefügt, indem es die beträchtlichen Streitkräfte des Feindes besiegte. Unsere Entschlüsse müssen mehr denn je rasch, fest und einmütig sein, und unseren Bundesgenossen muß die kräftigste Unterstützung dargebracht werden. Der Feind darf nicht glauben, daß wir uneinig sind.

Der Ministerpräsident berichtete sodann von den bekannten Aenderungen im Kabinett und sagte: Das Marineministerium wird den Kampf gegen die U-Bootswaffe verstärken. Ein Minister wird eine Propaganda leiten, die einen Verrat an der geheiligten Sache des Vaterlandes verhindern soll. Das wäre keine italienische Regierung, die nicht ihre erste Aufgabe darin sähe, jeden Anschlag auf die Kraft des Krieges und die Rechte des freien Vaterlandes zu unterdrücken.

Der Ministerpräsident Boselli sagte ferner: Ohne Sieg kann keine Klasse, besonders nicht das Proletariat, auf ein glückliches Dasein hoffen. Alle ersehnen und segnen den Frieden. Die aber, die den Frieden ohne Sieg wünschen würden und ohne die vollkommene nationale Befreiung, würden einen unmöglichen Frieden wünschen und einen nahen neuen und schrecklicheren Krieg vorbereiten. Wenn Friedensströmungen in Italien bestehen sollten, so würde die Regierung sich unerbittlich gegen sie wenden. Die Regierung wird unverzüglich alles Notwendige zur Organisation der Disziplin im bürgerlichen Leben und zur Sicherung des inneren Friedens vorschlagen. Das Kabinett will keine Reaktion. Es wird jedem seine Freiheit lassen, soweit wie es mit der Kriegsdisziplin vereinbar ist. Boselli forderte eine ausführliche Erörterung über die ministerielle Erklärung. Am Schicksal des Ministeriums sei wenig gelegen. Worauf es ankomme, das sei der Sieg Italiens und der Triumph der Zivilisation in der Welt.

Rom, 20. Juni. Agenzia Stefani. Zu Beginn der Kammersitzung entbot der Kammerpräsident Wilson und dem Heere sowie der Marine den Gruß der Kammer. Darauf verlas der Ministerpräsident Boselli die ministerielle Erklärung, an die sich eine Rede des Ministers des Aeußern Sonnino über die Kriegsziele Italiens schloß. Nachdem die Sitzung unterbrochen worden war, um den Ministern zu ermöglichen, sich in das Kabinett zu begeben, beschloß die Kammer in namentlicher Abstimmung mit 297 gegen 45 Stimmen in einer geheimen Sitzung die Regierungserklärungen zu erörtern. Das Kabinett hatte den Antrag, der eine Geheimsitzung forderte, angenommen.

Im Senat gaben Boselli und Sonnino die gleichen Erklärungen ab, wie vorher in der Kammer. Der Senatspräsident brachte einen Antrag auf Abhaltung einer geheimen Senatssitzung zur Kenntnis, in der die ministerielle Erklärung erörtert werden soll. Boselli erklärte seine Zustimmung und der Senat ebenfalls. Der Tag der geheimen Sitzung wird später festgesetzt werden.

Erdbeben in Württemberg.

Stuttgart, 21. Juni. Nachts um 1 Uhr 10 Minuten wurde hier ein heftiger Erdstoß verspürt. Darauf erhob sich ein gewaltiger Sturm, der die Einwohner aus dem Schlafe weckte. Am Bodensee war, wie aus Radolfzell und Konstanz berichtet wird, der Stoß in der Richtung West-Ost so stark, daß die Gegenstände ins Wanken geraten. In Aalen, Heidenheim, Ellwangen und Ulm wurde ein dreifacher Stoß wahrgenommen. In Konstanz dauerte das Erdbeben möglich drei bis vier Sekunden und war von starkem unterirdischen Donner begleitet. Es bewegte sich in der Richtung von Südost nach Nordwest. Die Hausbewohner eilten erschrocken auf die Straßen. Die Bewegung war stark wellenförmig. Ein Unfall ist nicht bekannt geworden. Das Erdbeben war merklich milder als das vom 16. November 1911.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19170621/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Groß- u. Kleinhandelspreise für einige Frühgemüsearten.

Erzeugerhöchstpreise.

§ 1.

Laut Bekanntmachung des Königl. Ministeriums des Innern vom 15. Juni 1917 gelten für die nachstehenden Frühgemüsesorten folgende Erzeugerhöchstpreise je Pfund:

1. **Möhren und längliche Karotten:**

Kreishauptmannschaften Bautzen und Dresden

	15 Pf.
bis 15. Juli	12 „
„ 31. „	9 „
„ 15. August	8 „
„ 31. „	8 „
„ 15. September	7 „
„ 30. „	

2. **Bohnen:**

Kreishauptmannschaften Bautzen und Dresden

Grüne Bohnen bis 15. August	30 Pf.,	bis 15. Juli	30 Pf.
später	24 „	später	24 „
Wachs- und Perlbohnen	32 „		32 „

3. **Kohlrabi:**

Kreishauptmannschaft Bautzen

bis 30. Juni	20 Pf.
„ 31. Juli	15 „
ab 1. August	12 „

4. **Blumenkohl:**

Kreishauptmannschaft Bautzen

je nach Größe, Geschlossenheit und Beschaffenheit des Kopfes

1. Sorte	18 M. das Schock	oder 30 Pf.	der Kopf
2. „	12 „ „ „	20 „ „	„
3. „	8 „ „ „	13,3 „ „	„
4. „	4 „ „ „	6,6 „ „	„

Großhandelspreis.

§ 2.

1. Der Zuschlag, den der Großhändler bei der Abgabe der genannten Frühgemüse an den Kleinhändler höchstens in Ansatz bringen darf, beträgt bei einem Einkaufspreis für den Zentner

bis zu 8 M.	20 v. H. des Einkaufspreises
„ „ 15 „	15 „ „ „ „
„ „ 40 „	10 „ „ „ „
über 40 „	5 „ „ „ „

2. **Neben** diesem Bruttogewinn dürfen **nur** die Kosten der Bahn- und Schiffsfracht sowie **die** Zubringerkosten, die nach den besonderen örtlichen Verhältnissen **an die Stelle** der Bahn- oder Schiffsfrachten treten, besonders in Ansatz gebracht werden. Alle anderen Unkosten sind als durch ihn gedeckt anzusehen.

3. Soweit ein **Großhändler** unmittelbar mit Verbrauchern Geschäfte abschließt, unterliegt er nach § 7 Abs. 2 der Verordnung des Reichskanzlers vom 3. April 1917 über Gemüse, Obst und Südfrüchte den für Kleinhändler gegebenen Preisvorschriften.

Kleinhandelspreis.

§ 3.

Kleinhändler dürfen bei Abgabe der genannten Frühgemüse an die Verbraucher den Erwerbspreis, den sie nach § 2 an den Großhändler zu zahlen haben, höchstens um folgende Zuschläge je Pfund erhöhen:

0,30 M. wenn der Erwerbspreis		mehr als 1,00 M.	je Pfund
0,25 „ „ „ „		0,70 bis 1,00 „	„ „
0,20 „ „ „ „		0,50 bis 0,69 „	„ „
0,15 „ „ „ „		0,40 bis 0,49 „	„ „
0,11 „ „ „ „		0,30 bis 0,39 „	„ „
0,08 „ „ „ „		0,20 bis 0,29 „	„ „
0,07 „ „ „ „		0,15 bis 0,19 „	„ „
0,05 „ „ „ „		0,10 bis 0,14 „	„ „
0,04 „ „ „ „		0,07 bis 0,09 „	„ „
0,03 „ „ „ „		unter 0,07 „	„ „

beträgt.

§ 4.

Erzeuger, die die genannten Frühgemüse unmittelbar an Kleinhändler oder an Verbraucher absetzen, dürfen die Groß- bzw. auch die Kleinhandelszuschläge nur fordern, wenn sie **die sonst dem Groß- bzw. Kleinhändler obliegende Tätigkeit selbst übernehmen.** Die Anlieferung der Ware durch den Erzeuger genügt dazu allein nicht. Hinzukommen muß noch die Verteilung der Erzeugnisse an die Kleinhändler bzw. Verbraucher. Macht der Erzeuger beim unmittelbaren Verkauf an den Verbraucher keine anderen Aufwendungen als die für die Beförderung zur nächsten Verladestelle und für die Verladung, so darf er nur den Erzeugerpreis fordern, gleichviel, ob er die Ware innerhalb des **Kommunalverbandes** oder **nach außerhalb** verkauft.

§ 5.

Die Bestimmungen in den §§ 2 bis 4 finden auch dann Anwendung, wenn Frühgemüse der in § 1 bezeichneten Art aus anderen Bezirken als denen der Königl. Kreishauptmannschaften Dresden und Bautzen bezogen wird.

§ 6.

Strafvorschriften.

Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieser Bekanntmachung werden nach § 14 der Reichskanzlerverordnung über Gemüse, Obst und Südfrüchte vom 3. April 1917 (Reichsgesetzblatt 1917, Seite 307 ff.) in Verbindung mit den daselbst angezogenen Bekanntmachungen mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geld bis zu 10 000 M. oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Neben der Strafe kann auf Einziehung der Gegenstände, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, erkannt werden, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

[S 56

Dresden, den 19. Juni 1917.

Der Kommunalverband Dresden-Stadt und -Land.

Brot- und Mehlversorgung im Erntejahr 1916/17.

In Abänderung der Bekanntmachungen vom 14. März und 4. Mai 1917 über die Brot- und Mehlversorgung im Erntejahr 1916/17 wird folgendes bestimmt:

I.

§ 32 der Bekanntmachung vom 14. März 1917 wird aufgehoben und durch folgende neue Bestimmung ersetzt:

§ 32.

Als Schwarzbrot wird nur zugelassen Roggenbrot, das auf je 100 Gewichtsteile enthalten muß

70 Gewichtsteile Roggenmehl
und 30 Gewichtsteile Weizenmehl. [S 56

II.

§ 23 Absatz 3 der Bekanntmachung vom 4. Mai 1917 wird aufgehoben und durch folgende neue Bestimmung ersetzt:

§ 23 Absatz 3.

Für den Bezug von Roggenmehl einschließlich Roggenschrotmehl werden auf den Wochenstreifen der Vollkarte 770 Gramm Mehl angerechnet, wozu 330 Gramm Weizenmehl als Zusatz zu geben sind. Für eine Vollkarte sind somit 3080 Gramm Roggenmehl oder Roggenschrotmehl und als Zusatz 1320 Gramm Weizenmehl zuzubilligen.

III.

Diese Bekanntmachung tritt sofort in Kraft.

Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieser Bekanntmachung werden nach § 57 der Bundesratsverordnung vom 29. Juni 1916 mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geld bis zu 1500 M. bestraft.

Dresden, am 20. Juni 1917.

Der Kommunalverband Mittelsachsen für den Kommunalverband Dresden und Umgebung.

Potschappel.

Am 21. und 22. Juni können

a) auf Abschnitt 7 des Lebensmittelkartenheftes, Serie 2, 100 Gramm Südfruchtmarmelade zum Preise von 18 Pf.,
b) auf Abschnitt 8 375 Gramm Kriegsmus zum Preise von 45 Pf.

entnommen werden in denjenigen Geschäften, in deren Ladenfenstern ein Aushang mit der Aufschrift „Gemeindemarmeladeverkauf" angebracht ist.

Potschappel, den 21. Juni 1917.

Der Gemeindevorstand.

W 201]

Deuben.

Vorauszahlung der Speisen in den Volksküchen.

Sonnabend den 23. Juni 1917, vormittags von 11 bis 12 Uhr, hat in den Volksküchen der Gastwirtschaften der Herren **Börnert, Greiner** und **Pinkert** und am gleichen Tage von 3 bis 6 Uhr nachmittags für die Teilnehmer an der **Turnhallen-Volksküche** in den betreffenden Lokalen die Vorausbezahlung der Mittagskost zu dem üblichen Preise von 20 und 40 Pf. für die Portion auf die Zeit vom 25. Juni bis 7. Juli 1917, das sind 12 Eßtage, gegen Aushändigung der neuen Eßkarten zu geschehen.

Bezahlung hat in abgezählten Beträgen und nur durch Erwachsene zu erfolgen. Die Abführung der Beträge zu anderer Zeit ist unzulässig.

Abmeldungen sind zuvor, und zwar bis Donnerstag dieser Woche mittags im Rathaus, 2. Obergeschoß, Zimmer Nr. 6, zu bewirken.

Auf Bezahlung der nicht abgemeldeten Portionen muß selbst bei Nichtabholung der Speisen künftig unbedingt bestanden werden.

Deuben, am 17. Juni 1917.

Der Gemeindevorstand.

W 33]

Frauen-Konferenz zum Studium der Alkoholfrage.

Am 23. Juni, abends 8 Uhr, im großen Saale des Kaufmannshauses, Schauspielstraße

Oeffentliche Versammlung

Die Bedeutung der Alkoholfrage für das neue Deutschland

Referentinnen:

Frau **Martha Boß-Zietz,** Dresden,
Oberlehrerin **Elisabeth Knieke,** Magdeburg.

Eintritt:

Freier Eintritt für Männer und Frauen. Z 4[illegible]

E. PÄSCHKY.

Pillnitzer Strasse 14	Tel. 13102	Rosenstrasse 42	Tel. 21795
Alaunstrasse 4	Tel. 22367	Rechtstrasse 27	Tel. 14856
Bismarckplatz 13		Torgauer Strasse 18	Tel. 21389
Eing. Lindenaustr.	Tel. 14182	Trompeterstrasse 5	Tel. 17967
Striesener Strasse 27	Tel. 22806	Kesselsdorfer Str. 16	Tel. 14114
Zwickauer Strasse 127	Tel. 14871	Fleischhauerstrasse 24	Tel. 18970
Warthaer Strasse 14	Tel. 14080	Kontore und Lagerräume:	
Wettinerstrasse 17	Tel. 21634	Wöllnitzstr. 1, Telephon 21634.	

Kontore und Versand: Dresden-A. 5. Tel. 21 634.

Frischer Seefisch wird wieder billiger!

Von soeben wieder eingegangenen neuen Zufuhren besonders empfehlenswert:

Merlans (wie Schellfisch) . . Pfund nur **78 ₰**

Seedorsch . . . . . Pfund **88 ₰**

Schellfisch

je nach Größe . . . . bis Pfund 90 bis 140 ₰

Kabljau, im ganzen, nahrhaften Fischen . . . . . Pfund **128 ₰**

Kabljau, im ganzen großen Fischen, ohne Kopf . . . . . Pfund **160 ₰**

Der Kabeljau sehr geeignet!

Schollen in Gelee . . . **85 ₰**

Ostseebutt in Gelee

Versand nur über 1 Zentner 11.10 M. [illegible]

Sozialdemokratischer Verein

Dresden-Altstadt

Freitag den 22. Juni, abends 8½ Uhr

Gruppen-Versammlungen

1. Gruppe: **Restaurant zum Bürgerbräu,** Altmarkt 8, 1. (früher Merkel)
2. Gruppe: **Restaurant Völkel,** Zöllnerstraße
3. Gruppe: **Adams Restaurant,** Raulbachstraße
4. Gruppe: **Restaurant Wilsdruffer Vorstadt,** Freiberger Straße 9
5. Gruppe: **Dresdner Volkshaus,** Ritzenberg
6. Gruppe: **Restaur. Scholze,** Schnorrstraße
7. Gruppe: **Restaurant Emil Müller,** Elisenstraße 57
8. Gruppe: **Restaurant Berndt,** Zwickauer Str.

Tages-Ordnung:

Bericht des Vorstandes. Diskussion.

Der Vorstand.

S447]

Mitgliedsbuch ist vorzuzeigen.

SARRASANI

Täglich 8 Uhr
Mittwoch
Sonnabend
Sonntag
3½ u. 8 Uhr

!! Kein Kino !!

PREZIOSA

Romantisches Bohnenstück in 4 Aufzügen nach P. L. Wolf, Musik von C. M. v. Weber

Martos der Fahrradkönig
Dressuren
Johnson & Johnson
Komik — Grazie
Groteske

Werkzeugschlosser für Schnitt- und Stanzenbau

suchen in dauernde Beschäftigung

L. Georg Bierling & Co., Akt.-Ges.

Mügeln, Bezirk Dresden.

Dreher gesucht.

„Universelle" Zigarettenmaschinenfabrik
J. C. Müller & Co.
:: Dresden-A. 28, Tharandter Strasse 17. ::

S4[illegible]

Ofen- und Gießereiarbeiter

sofort gesucht.

Friedrich Zitkow, Löbtauer Str.

Aelteren Kutscher

Stellen ein [illegible]

Christer & Ludwig
Freiberger Straße 73.

Kohlenarbeiter

[illegible] Hawle, Auslaufplatz Hindenburgstraße. [illegible]

Für sofort zuverlässiger

Kutscher

(guter Pferdepfleger) [illegible]

R. H. Nochtsch

Großenhainer Str. 4[illegible]

Gesucht werden: Kutscher

[illegible]

Die Verlustliste

der sächsischen Armee Nr. 419 ist erschienen und liegt in der Expedition der Dresdner Volkszeitung zur Einsichtnahme aus.

Sächsische Angelegenheiten.

Liberale Richtlinien zur Pairskammer-Reform.

Bei den gestrigen Beratungen des Verfassungsausschusses der Zweiten Kammer über die Reform der Ersten Kammer legte der liberale Berichterstatter Brodauf folgende Richtlinien vor:

Die Kammer wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, dem nächsten ordentlichen Landtag einen Gesetzentwurf zur Reform der Ersten Kammer nach folgenden Richtlinien vorzulegen:

1. Von den jetzt bestehenden Sitzen werden die in § 63 Ziffern 2, 6, 7 und 11 der Verfassungsurkunde dem Hochstift Meißen, den Lehnsherrschaften Königsbrück und Reibersdorf und dem Hochstift Wurzen eingeräumten aufgehoben, die nach Ziffer 13 und 14 dem Großgrundbesitz zustehenden 22 Sitze der Zahl nach beschränkt.

2. Soweit nach Ziffer 13 noch weiterhin Abgeordnete von sächsischen Großgrundbesitzen zu wählen sind, wird das Wahlrecht tatsächlich aller oder doch eines Teiles der Sitze auf breitere Grundlage gestellt.

3. Den neben der Landwirtschaft wichtigsten Berufsständen wird eine ihrer Bedeutung entsprechende Vertretung auf Grund eines Wahlrechtes eingeräumt. Neben Handel, Industrie und Gewerbe sind dabei Arbeiterschaft, freie Berufe und der Lehrerstand zu berücksichtigen.

4. Die Technische Hochschule erhält einen Sitz mit Wahlrecht der ordentlichen Professoren.

5. Von den nach Ziffer 15 und 16 des § 63 der Verfassungsurkunde den Städten zustehenden acht Sitzen erhalten außer Dresden und Leipzig auch Chemnitz und Plauen je einen Sitz zugewiesen. Bei allen Sitzen tritt an Stelle der Berufung der ersten Magistratspersonen durch den König die Wahl von Vertretern durch die Städtevertretungen.

6. Soweit jetzt bestehende Sitze wegfallen, werden zugunsten der jetzigen Inhaber Uebergangsbestimmungen geschaffen.

Dazu erklärte der sozialdemokratische Berichterstatter, daß eine Reform der Ersten Kammer, die sich auf eine etwas andere Zusammensetzung beschränken wolle, in keiner Weise genügen könne, mindestens müßten die Richtlinien auch auf die von sozialdemokratischer Seite geforderte Beschränkung der Rechte der Ersten Kammer ausgedehnt werden. Außerdem müsse klargestellt werden, wie die in Aussicht genommenen Vertreter der Arbeiterschaft gewählt oder ob sie gar nur berufen werden sollten. Der Berichterstatter Brodauf bemerkte dazu, daß für alle Vertreter die Wahl gefordert werde. Von konservativer Seite wurde erklärt, daß sie zwar einer Verkürzung der Ersten Kammer und auch der Aufhebung der Standesherrschaftsvertreter zustimmen würden, aber nur dann, wenn man von einer Verkürzung der Befugnisse der Ersten Kammer, wie sie der sozialdemokratische Antrag vom 7. Juni fordere, absehe.

Nach weiterer Debatte, in der von nationalliberaler Seite betont wurde, daß sie die Tendenz des sozialdemokratischen Antrags zwar billigten, der eine Einschränkung des Vetorechtes der Ersten Kammer fordere, daß er ihnen aber zu weit gehe; sie regten schließlich eine Erweiterung der Richtlinien nach folgenden Gesichtspunkten an:

1. Das Recht, über Finanzgesetze und über die Staatshaushaltpläne im einzelnen zu beschließen, steht nur der Zweiten Kammer zu. Die Erste Kammer kann den von der Zweiten Kammer angenommenen Staatshaushaltplan im ganzen annehmen oder ablehnen.

2. Weichen Beschlüsse der beiden Kammern über den gleichen Gegenstand voneinander ab, so ist die Verständigung durch ein Vereinigungsverfahren zu versuchen. Gelingt sie auch nach zweimaligem Versuchen nicht, so gilt der nach den Vereinigungsverhandlungen zuletzt gefaßte Beschluß der Zweiten Kammer als Landtagsbeschluß.

3. Entgegen der im § 41 der Verfassungsurkunde festgelegten kollegialen Verfassung des Gesamtministeriums und der ausschließlich ressortmäßigen Verantwortlichkeit jedes einzelnen Ministers soll auf die politische Verantwortlichkeit eines einzigen Ministers (Ministerpräsidenten) für die einheitliche Politik des Königreichs nach innen und außen gewirkt werden.

Die Nationalliberalen haben sich ja noch in sehr bescheidenen Grenzen gehalten; immerhin kann anerkannt werden, daß der Punkt 2 einen beachtenswerten Fortschritt bringen und auch den Einfluß der Volksvertretung, was die Zweite Kammer ja sein soll, verstärken wird. Die Regierung hat sich speziell zu diesen Gesichtspunkten noch nicht geäußert, aber schon früher erklärt, daß sie eine Beschränkung der Herrenhausrechte nicht billigen könnte, von konservativer Seite wurde erneut betont, daß sie jede Beschränkung der Befugnisse der Ersten Kammer ablehnen müßten.

Nach der schriftlichen Feststellung dieser Richtlinien wurden die Verhandlungen abgebrochen, um erst den Fraktionen Gelegenheit zu einer Stellungnahme zu geben. Die nächste Sitzung soll kommende Woche stattfinden; sie wird sich mit dem Wahlrecht für die Zweite Kammer befassen.

Gerüchte über Einstellung der Fleischzulage.

Das Ministerium des Innern teilt durch seine Nachrichtenstelle mit: Das auch in der Presse umgehende Gerücht, Sachsen plane die Einstellung der verbilligten Fleischzulage früher als zu dem anfänglich in Aussicht genommenen Zeitpunkt, ist ebenso aus der Luft gegriffen wie das Gerede über eine bevorstehende Herabsetzung der Brotrationen. Die Fleischzulage wird auch in Sachsen nur im Einvernehmen mit den anderen Bundesstaaten und den zuständigen Reichsstellen erst dann in Wegfall gestellt werden, wenn wir über die Schwierigkeiten der letzten Wochen vor der neuen Ernte hinweggekommen sind. Daß der jetzige Eingriff in unsere Milchviehbestände namentlich im Interesse der Milch- und Fettversorgung für den nächsten Winter zu Bedenken Anlaß gibt, ist nicht zu leugnen. Wenn Ersparnisse gemacht werden können, namentlich dadurch, daß reichlicher Seefische aufgenommen werden, so kommt das der künftigen Ernährung der Bevölkerung natürlich zu gute. Die Verwendung der Fleischzulage zur Verbilligung anderer, zur Verfügung stehender Nahrungsmittel, insbesondere der Fische, wird deshalb von vielen Seiten gefordert. Es ist auch den Kommunalverbänden nachgelassen worden, je nach Lage der örtlichen Verhältnisse entsprechende Maßnahmen zu treffen. In keinem Falle dürfen aber die Schlachtungen zu ungunsten anderer Bezirke beschränkt werden, an die Vieh zu liefern ist.

Wir haben die Meldung über die Einstellung der Fleischzulagen am 1. August auch wiedergegeben, nachdem sie durch eine Korrespondenz verbreitet worden war. Wir möchten bei dieser Gelegenheit jedoch betonen, daß zwar die Weitergewährung der Fleischzulagen erfreulich ist, die Behörden aber die Pflicht haben, darauf zu achten, daß dieser vorübergehende Vorteil nicht durch eine andauernde empfindliche Verkürzung der Milchzuteilung und der Butterrationen erkauft wird.

Der Ausschuß für Uebergangswirtschaft.

Die Handelskammern teilen mit: Nachdem die in den Verhandlungen der Zweiten Kammer vom 14. Mai 1917 an die Regierung ergangene Anregung den Handelskammern unterbreitet worden war, wurde nach Beratung und Beschlußfassung in der letzten Zusammenkunft der Vorsitzenden und Syndici dem Königl. Ministerium die Bildung eines sächsischen Ausschusses für Uebergangswirtschaft in der Form empfohlen, daß bei der auf einen tunlichst kleinen Personenkreis zu beschränkenden Zusammensetzung Vertreter der Handels- und Gewerbekammern und des Landeskulturrates in erster Reihe als ständige Mitglieder zu beteiligen und im übrigen die aus Sachsen in Beirat oder Ausschüssen beim Reichskommissar tätigen Herren und sonstige sachverständige Interessenten zu sie angehenden Beratungen von Fall zu Fall hinzuzuziehen sind. In diesem Ausschuß würden auch Vertreter der Arbeiterschaft ersprießlich wirken können. An solche haben die Handelskammern anscheinend nicht gedacht.

Richtpreise für Bier.

Die Preisprüfungsstelle Döbeln beschäftigte sich in mehreren Sitzungen mit den Bierpreisen, und es wurden Richtpreise für Bier festgesetzt: Kriegsbier jeder Herkunft 7/10 Glas 20 Pf., helles Bier 7/10 Glas 25 Pf., bayrisch Bier 7/10 Glas 35 Pf., Karamelmalzbier in den Gastwirtschaften und Cafés für eine Flasche 30 Pf. In einer weiteren Sitzung der Preisprüfungsstelle wurde dem Gesuch des Gastwirtevereins zugestimmt, daß außer in Cafés auch in Gastwirtschaften das Karamelbier in Flaschen für 30 Pf. verkauft werden darf; beim Verkauf in Gläsern bleibt es bei 25 Pf.

Johanngeorgenstadt. Die anhaltende Knappheit an Feuerungsmaterial hat zur Wiederaufnahme des in den umliegenden Moorungen früher allgemein geübten Torfstichs geführt. Da es an den nötigen Arbeitskräften fehlt, um diese Arbeiten in größerem Umfange ausführen zu können, beabsichtigen die Unternehmer, um Ueberweisung von Kriegsgefangenen einzukommen.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Als in Hartmannsdorf bei Chemnitz der siebenjährige Schulknabe Walter Müller am Sonntag nachmittag im hiesigen Naturbade zum erstenmal badete, bzw. am Ufer sitzend mit den Beinen im Wasser plätscherte, wurde er infolge der starken Sonnenhitze von einem Unwohlsein befallen, fiel ins Wasser und ertrank. — Beim Fensterputzen ist in Auerbach i. V. das 17jährige aus Falkenstein stammende Dienstmädchen Lina Schneider aus dem zweiten Stock in die Tiefe gestürzt. Die Unglückliche verstarb bald darauf. — Vom Zuge tödlich überfahren wurde am Sonntag bei Annaberg zwischen den Stationen Mirchberg und Königswalde der in Königswalde wohnhafte Arbeiter Metzner.

Stadt-Chronik.

Sommers Anfang.

„Die Sonne tritt am 22. Juni um 1 Uhr morgens in das Zeichen des Krebses, kommt um Mittag dem Scheitelpunkt am nächsten und bringt die längste Dauer des Tages hervor, das heißt es beginnt der Sommer." So ist wörtlich in den verständlichen Tafeln des astronomischen und chronologischen Teiles des preußischen Normalkalenders zu lesen, nach denen unsere Kalendermacher ihre Kalender herstellen. Da die Astronomen mit Recht nicht auf die Einführung der sogenannten Sommerzeit Rücksicht nehmen, weil sie sonst dadurch Verwirrung in ihren umfangreichen und weitläufigen Berechnungen anrichten würden, ist also nach der jetzt bei uns geltenden Sommerzeit der denkwürdige Augenblick, in dem die Sonne in das Zeichen des Krebses tritt und damit also der kalendermäßige oder astronomische Sommer seinen Anfang nimmt, die Zeit um 2 Uhr morgens am 22. Juni. Trotz den Astronomen und den Kalendermachern aber vermögen wir es nicht so recht, uns an den kalendermäßigen oder astronomischen Sommer zu gewöhnen. In unserem Sprachgebrauch halten wir uns noch heute mehr oder weniger an die alte Gepflogenheit, in der der Sommer die wärmere Jahreszeit des Jahres bezeichnete und den Gegensatz zu der kalten Jahreszeit, dem Winter, darstellte. Noch heute spricht man z. B. vom Sommersingen, das schon am dritten Sonntag vor Ostern, dem Sonntag Lätare, also ungefähr ein Vierteljahr vor dem Beginn des astronomischen Sommers, abgehalten wird. Und mit der Tatsache, daß wir in unserem Sprachgebrauch den Sommer nicht dem astronomischen Sommer gleichstellen, steht es auch in Einklang, daß wir die Zeit, in der der Sommer nach dem Kalender seinen Anfang nimmt, gewöhnlich als Hochsommer oder als Mittsommer bezeichnen. So lesen wir in einem Gedichte Wilhelm Jordans, das die Ueberschrift „Mittsommer-Abendlied" trägt:

„Wie sich Lust mit leiser Klage
Wunderbar im Herzen mischt,
Wann der längsten Sommertage
Spätes Abendrot erlischt!
Doch die Blüten sind gefallen,
Früchte schwellt die Juniglut;
Ob der längste Tag vergangen,
Ob das Jahr sich wieder neigt . . ."

25

Es saust das Rad.

Eine Erzählung aus dem amerikanischen Arbeiterinnenleben.

Von Dorothy Richardson.

Einzig berechtigte Uebersetzung von Werner Peter Larsen.

Aber sie schüttelte den Kopf. Sie war Schürzennäherin und arbeitete in einer großen Fabrik am Broadway, die ihre Arbeiterinnen geradezu schamlos ausbeutete, aber sie hatte keine andere Arbeit gelernt, und so mußte sie eben bleiben, wo sie war. Sie schlüpfte in eine kurze, schwarze Jacke und setzte ihren großen, eleganten Hut auf; sie war nun so fesch und elegant, daß niemals jemand geglaubt hätte, sie komme aus einer 10-Cent-Herberge.

Der Cerberus, der noch immer an der Tür hockte, musterte uns genau darauf hin, ob wir nicht gar etwas Malen mitgehen heißen, und dann hatten wir für diesmal den Schlafraum hinter uns und eilten aufatmend die Treppe hinab.

12.

Ich frühstückte für 4 Cent in meinem gewohnten Lokal und machte mich dann auf den Weg zu dem Hause, an dem ich das Plakat gelesen hatte: „Junge Mädchen gesucht, die die Blumenarbeit erlernen wollen. Lohn schon während der Lehrzeit. Vorzustellen Montag früh 9 Uhr."

„Blumen und Federn" stand in großen, vergoldeten Buchstaben über dem Eingang zum Geschäft. Ich sprach einige Worte mit einem Abteilungschef, einem hochgewachsenen, ehrenwürdigen Herrn mit ringübersäten Händen, der mich in den Lift führte und den Fahrer anwies, mich zu Miß Higgins zu führen. Im dritten Stock sprang die Eisentür auf und ich trat gleichsam in einen prächtigen, in allen Farben leuchtenden Garten. Der ganze Saal lag in Frühlingsluft gebadet, und durch die halbgeöffneten Fenster wehte von Zeit zu Zeit ein leiser Wind herein und brachte Leben in Hunderttausende von Blumen. Wo das Auge hinsah, nichts als Blumen und Blumen überall! Sie lagen zu großen Haufen geschichtet auf den langen, breiten Tischen, türmten sich zu leuchtenden Bergen auf der Diele für jeden Arbeiter bereit.

„Sehen Sie die schwarzhaarige Dame dort hinten?" sagte der Führer und zeigte in das entgegengesetzte Ende des Saales. „Die ist es."

Ich ging einen schmalen Gang zwischen den Arbeitstischen entlang, die wie blühende Hecken aussahen. Zwischen den grünen Zweigen und Blättern leuchteten weiße Blusen, und lächelnde Mädchengesichter sahen von den blauen, gelben und roten Blumen auf, während ich an ihnen vorbeischritt.

Hier gab es keinen Maschinenlärm, keine kreischenden Stimmen und kein brüllendes Lachen. Alles war, wie man es um die Frühlingszeit in einem Garten erwartet: ein leises Summen von gedämpften Stimmen, Sonne, ein warmer Wind und ab und zu, wie aus der Ferne, ein leises, glückliches Lachen . . .

Die schwarzhaarige Dame saß an einem Tisch und betrachtete sich die vor ihr liegenden großen, roten Rosen, die sie mit den lebenden Rosen zu vergleichen schien, welche in mehreren feingeschliffenen Vasen vor ihr standen. Sie saß ein wenig vornüber gebeugt, beide Ellbogen auf die Tischplatte gestemmt, das Kinn in die Hände gestützt, und studierte eifrig eine Rose um die andere.

Sie war so in ihre Arbeit vertieft, daß sie mein Kommen gar nicht bemerkt hatte.

Ich stand eine Weile abwartend, da ich dachte, daß sie doch irgendeinmal aufsehen müsse, aber dann tat ich noch einen Schritt auf sie zu und fragte sie, ob sie Miß Higgins sei. Sie fuhr zusammen, blickte auf und zeigte im Lächeln zwei Reihen wundervoller Zähne.

„Ja," sagte sie, „das bin ich." Sie war sehr freundlich.

„Haben Sie schon früher einmal in Blumen gearbeitet?" fragte sie.

„Nein."

„Auch nicht in Federn?"

„Auch das nicht."

„Dann will ich Sie für heute einmal an die Blumen setzen und sehen, wie Sie damit fertig werden. Es ist schade, daß Sie sich nicht auf die Federarbeit verstehen, denn die Blumenfabrik ist in einem Monat vorüber, und dann muß ich die Blumenarbeiterinnen bis September entlassen, während die anderen einfach in den zweiten Stock hinunter gehen. Aber einen Monat werden Sie noch bei uns arbeiten können, und im September können Sie dann ja wiederkommen."

Natürlich war ich mit Freuden bereit, die Arbeit auch auf vier Wochen anzunehmen. So kam ich also zu Rosen auf vier Wochen [illegible] Dollar in der Woche und je einen halben Tag [illegible] die seit einem [illegible] für die Ueberstunden gemacht wurden [illegible] bis hierauf in der Woche [illegible] sollten. Miß [illegible] zum Kennenlernen [illegible] mit den Leuten, wenn ich mich geschickt anstelle, in der nächsten Woche auf vier Dollar erhöhen würde.

Eine junge Jüdin, Bessie, sollte mich anlernen, Stiefmütterchen zu machen. Die Sache sah beim Zuschauen eigentlich ganz einfach aus, aber ich merkte bald, daß sie für ungeübte Finger gar nicht so leicht war. Ungeschickt, aber voller Eifer breitete ich das gekräuselte Stückchen Musselin vor mir aus, das noch ganz warm aus der Kräuselmaschine zu uns herüberkam.

„Sie müssen den Stoff nicht allzu glatt ziehen," sagte Bessie, formte hier einige Male, zupfte dort einmal und hielt binnen kurzem ein schönes Stiefmütterchen vor mich hin.

„Uebung macht den Meister," lachte eine andere. „Nur den Mut nicht verlieren!"

„Uns ist es zu Anfang ebenso gegangen," sagte eine junge Italienerin, die mir gegenüber saß. „Aber wenn man es einmal heraus hat, dann ist es hier gut zu arbeiten. Miß Higgins ist eine Seele von Mensch, und sie behandelt vor allem auch die Neuen sehr anständig."

„Das tut sie," pflichtete Bessie bei. „Es ist noch gar nicht so lange her, daß sie selbst noch Blumen gemacht hat. Ich habe sie oft davon erzählen hören, wie sie den ersten Tag bei Goldberg war."

„Goldberg," sagte eine andere, „um Gotteswillen, das ist ja die entsetzlichste Bude in ganz Neuyork! Ich war mal zwei Tage dort, aber dann habe ich genug gehabt. Wenn die Mädel dort in Streit geraten, dann gehen sie in den Gang hinaus und prügeln sich, wie die Viehtreiber. Als ich den ersten Tag dort war, wurden einer auf diese Weise zwei Rippen gebrochen . . ."

„Na, und was hat der Goldberg mit ihnen gemacht?"

„Was er gemacht hat? Nichts. Was soll er denn machen? Sie sind dann im Handumdrehen wieder die besten Freundinnen geworden und Arm in Arm im Saal spazieren gegangen."

„Ja, so geht es in den billigen Fabriken" sagte Anna Welshon. „Die Mädel werden durch die ganzen Verhältnisse runtergedrückt und verroben . . . Ich könnte das da nicht aushalten . . ."

Ich mußte unwillkürlich die Gespräche während der Arbeit bei Springer und bei Rosenfeld vergleichen; es war wie eine andere Welt . . .

„Sind Sie in Amerika geboren?" fragte mich Bessie.

Ich fand, daß das eigentlich eine ziemlich überflüssige Frage sei, da daß ich hörte, daß von den acht Mädchen an

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19170621/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Und Hermann Lingg überschreibt ein Gedicht „Hochsommer", das mit dem folgenden schönen Verse schließt:

„Der goldne längste Tag ist nieder.
Der Himmel voll Gewitter glüht;
Verklungen sind die ersten Lieder.
Die schönsten Blumen sind verblüht."

Wir haben ja gerade in diesem Jahre schon vor dem Beginn des astronomischen Sommers reichlich viel von der Sommerwärme zu spüren bekommen, und so ist es ja auch, wenn nicht in demselben hohen Maße, in jedem anderen Jahre der Fall. Daher besteht keine Aussicht, daß jemals die Bezeichnung „Sommer" in unserem Sprachgebrauch sich mit derjenigen der Astronomen decken wird.

Die Hitze dauert fort!

Die vom Wetterbureau angekündigte Bewölkung und die Aussicht auf Regen ist zwar gestern und vorgestern mit fast mathematischer Genauigkeit eingetroffen, aber leider ist es, wenigstens im Dresdner Bezirk, bei dieser Aussicht auf Regen geblieben. Die vielversprechenden Wolken, die am Himmel zu sehen waren, öffneten sich nicht, um der durstenden Erde ihr erquickendes und labendes Naß zu spenden. Sie verzogen sich immer wieder und in den späten Abendstunden strahlte der Himmel im wolkenlosen Glanze. Glücklicher waren andere Gebiete Deutschlands. So wird aus Berlin berichtet, gestern abend sei ein Gewitter niedergegangen, das allerdings die ersehnte Abkühlung und die erhofften Mengen Niederschläge nicht gebracht habe. Auf einzelnen Gebieten sei der Niederschlag mit acht Millimeter allerdings ganz reichlich gewesen, aber dann habe es wieder Striche gegeben, über die der Regen nicht sehr ergiebig niederging. Uebrigens ist nach weiteren Meldungen der kurze Gewitterregen, der über Berlin niederging, über ganz Norddeutschland verbreitet gewesen. Aber im großen Ganzen waren die Regenmengen im Hinblick auf die lange Trockenheit fast überall äußerst gering; nur stellenweise, namentlich in der Rheinprovinz, waren die Regenfälle sehr erheblich. So war in Aachen die Niederschlagsmenge 26 Millimeter. Im allgemeinen haben sich die Aussichten auf einen Wetterumschlag wieder verringert. Es ist wohl mit zeitweiligen Gewittern zu rechnen, doch wird im übrigen die jetzige große Hitze unverändert anhalten. Wir werden also weiter schmoren und die Natur, die zur Ausreifung der Ernte des Regens so dringend notwendig bedarf, wird weiter nach Wasser schmachten und dürsten müssen.

Dresdner Lebensmittelversorgung.

Butterverteilung. Die nächste Butterverteilung findet am 25. und 26. Juni statt. Es werden beliefert die angemeldeten Landesfettkarten der Stadt Dresden „Juni T" mit ½ Pfund Butter, die angemeldeten Butterbezugsscheine mit 50 Proz. der Wochenmenge in Margarine. Der Kleinhandelspreis für ein Pfund Butter konnte auch diesmal auf 8 M. festgesetzt werden.

Eierverteilung. Nach der in dieser Nummer erscheinenden Ratsbekanntmachung gelangen für die Woche vom 19. bis 25. Juni 1917 auf jede Lebensmittelkarte zwei Eier zur Verteilung. Bäcker, Konditoren und Gastwirte erhalten Bruteier soweit der Vorrat reicht bis zur festgestellten Wochenbedarfsmenge. Der Eierverkauf in den Kleinhandelsgeschäften beginnt Freitag den 22. Juni. Das Lebensmittelamt teilt hierzu noch mit, daß die zur Verteilung bestimmten Eier erst nach und nach in Dresden eintreffen. Um zu ermöglichen, daß der Bevölkerung nur frische Eier zugeführt werden, werden die jeweils eintreffenden Eier nicht erst bis zur Erreichung der insgesamt benötigten Menge aufgespeichert, sondern nach Eingang und Durchleuchtung sofort zur Verteilung gebracht. Es können somit auf einmal nicht alle Kleinhandelsgeschäfte mit Eiern beliefert werden, aber es ist zu erwarten, daß die zur Verteilung benötigte Menge in etwa acht Tagen hier eingegangen ist, so daß innerhalb dieser Frist voraussichtlich alle Geschäfte beliefert sein können. Die Bevölkerung wird gebeten, hierauf Rücksicht zu nehmen und Geduld zu üben, wenn in dem einen oder anderen Geschäfte die Eier nicht sofort zur Verfügung stehen sollten. Der Preis für ein Ei beträgt seit dem 16. Juni 33 Pf.

Aus den Bezirksausschüssen.

Der Bezirksausschuß der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt hielt am Mittwoch nachmittag eine öffentliche Sitzung ab. Der Gutsbesitzer Bär in Barsberg hat als Mitglied der Kriegswirtschaftsstelle die Einfuhr von Ziegen aus der Schweiz in Vorschlag gebracht und will die Sache vermitteln; das Stück würde 150 M. kosten. Wie der Amtshauptmann bei dieser Gelegenheit mitteilte, ist die Zahl der im Bezirk gehaltenen Ziegen in der Kriegszeit um das Dreifache gestiegen. Vor einiger Zeit ist bereits die Einfuhr einer größeren Zahl von Kühen erfolgt, wobei der Bezirk gut gefahren ist. Auf Vorschlag des Amtshauptmanns wurde beschlossen, eine größere Anzahl Ziegen aus der Schweiz einzuführen und diese dann an Interessenten abzugeben. Die erforderlichen Mittel wurden bewilligt.

Von Herrn Apothekenbesitzer Schnabel (Kötzschenbroda) wurde zur Sprache gebracht, daß neuerdings die Beschaffung von Kindernährmitteln auf große Schwierigkeiten stoße. Die Erzeugnisse aber, die vereinzelt gelegentlich noch zu haben wären, seien unverhältnismäßig teuer. Die Kreishauptmannschaft Zwickau sei infolgedessen dazu übergegangen, die Herstellung von Kindermehl selbst in die Hand zu nehmen, wodurch es möglich geworden ist, daß dieses Mehl zum Preise von 34 Pf. für ein halbes Pfund abgegeben werden kann, während sonst das Pfund mit 1,50 bis 1,60 M. bezahlt werden müsse. Dabei verbleibe dem Kommunalverband Zwickau noch ein bescheidener Nutzen. Herr Schnabel regte an, für den amtshauptmannschaftlichen Bezirk eine ähnliche Einrichtung zu schaffen. Der Amtshauptmann erbat sich die erforderlichen Unterlagen und sagte unter Zustimmung des Bezirksausschusses zu, beim Kommunalverband Dresden sofort einen dahingehenden Antrag stellen zu wollen.

Ein dritter Nachtrag zur Verbandssatzung für die Sparkasse Radebeul wurde befürwortet, desgleichen die Verlängerung der Gültigkeitsdauer der Ziegelofen-Genehmigung für das unter Zwangsverwaltung stehende Grundstück Kat.-Nr. 124 in Reichenberg. Zum Erweiterungsbau der Gasanstalt Klotzsche wurde erneut die Genehmigung erteilt. Von der Gemeinde Weißer Hirsch lag ein erster Nachtrag zur Steuerordnung vor, der eine schärfere Heranziehung der gewerblichen Forenser bezweckt. Es handelt sich hauptsächlich um Dresdner Firmen, die die Läden in der guten Geschäftslage aufgemietet haben und dadurch den Gewerbetreibenden am Orte den Verdienst wegschnappen. Die Gemeinde behauptet, dadurch in ihren Steuererträgnissen erheblich geschädigt zu sein. Der Nachtrag wurde genehmigt und hat rückwirkende Kraft vom 1. Januar 1917. — Schließlich wurden noch mehrere Konzessionsgesuche erledigt, sowie ein Gesuch des Verlagsbuchhändlers Schambach in Blasewitz um Erlaubnis zur Errichtung einer Theater- und Konzertagentur; diese Erlaubnis wurde erteilt.

In nichtöffentlicher Sitzung wurden hauptsächlich Beihilfen aus Bezirksmitteln zu den Kurkosten lungenkranker Personen bewilligt und Rekurse in Gemeindesteuerangelegenheiten erledigt.

Flugblattliteratur in der Kriegsindustrie.

Aus den Kreisen der Rüstungsarbeiter schreibt man uns:

Im April d. J. trat die Herabsetzung der Lebensmittelrationen in Kraft. Die Erregung, die damals herrschte, ist uns noch allen lebhaft in Erinnerung, desgleichen auch die Vorgänge in den einzelnen Orten. Nachdem nun eine Beruhigung kaum eingetreten ist, versuchen bürgerliche Blätter, wie die Deutsche Tageszeitung und die Kreuzzeitung, durch unsachlich gehaltene, die tatsächlichen Verhältnisse der Arbeiterschaft vollständig verkennende Artikel und Notizen immer wieder neue Aufregung in die Reihen der Arbeiter zu tragen. Eine sachliche Erwiderung von berufener Seite ist um so schwieriger, als diesen Schreibereien wegen des Kriegszustandes nicht immer mit dem tatsächlichen Beweismaterial entgegengetreten werden kann.

Nun scheinen in letzter Zeit aber auch einige Unternehmer sich berufen zu fühlen, neuen Konfliktsstoff in die Reihen der Arbeiter zu tragen. So werden in einigen Betrieben Blätter verteilt, auf denen ein gut ernährter, faulenzender Arbeiter mit den Händen in den Hosentaschen dargestellt ist; daneben steht der folgende Vers:

„Fluch über den Mann, der jetzt müßig geht!
Fluch über die Faust, die jetzt ruht!
Denkt, die ihr abseits vom Ambos steht,
Draußen fließt Blut!"

Durch dieses Blatt, von der Zensurbehörde in Berlin genehmigt, muß sich die Arbeiterschaft, die bei unzureichender Ernährung schwer arbeitet und das Faulenzen andern überläßt, direkt verhöhnt und beleidigt fühlen. Es ist eine Geschmacklosigkeit, wie sie schlimmer wohl nicht gedacht werden kann. Wie muß sich in den Köpfen der Verfasser solcher Blätter die Arbeiterwelt abspiegeln? Es ist dringend zu wünschen, daß bei Maßnahmen für die Arbeiterschaft durch die maßgebenden Kreise vorher die Meinung der berufenen Vertreter der Unternehmer- wie Arbeiterorganisationen eingeholt wird.

[illegible]

unserem Tisch nur vier Amerikanerinnen waren. Therese stammte aus Neapel, Amelie aus Oesterreich, Anna aus Norddeutschland und Nelly aus Killarney in Irland.

„Ich aber bin Amerikanerin!" sagte Bessie und tat im Spaß, als wenn sie außerordentlich stolz darauf sei.

Therese lachte. „Aber auch nur eine in elfter Stunde," sagte sie, und dann beugte sie sich zu mir herüber und flüsterte mir zu, „Bessie ist gerade zwei Wochen nach der Ankunft ihrer Eltern in Amerika geboren."

„Besser spät, als niemals," lachte Bessie und ging mit einem großen Korb voller Blumen an einen anderen Tisch hinüber, wo die Blumen zu Sträußen und Ranken gebunden wurden.

Gegen elf hatte ich zwei Dutzend Stiefmütterchen fertig.

„Das ist für eine Neue eine gute Leistung," sagte Amelie.

Ich arbeitete mit größtem Eifer, denn nun begann ich zu hoffen, daß ich auch verhältnismäßig schnell einarbeiten würde. Blume um Blume bekam ihren grünen Gummistreifen um den Drahtstengel, dann wurde der Stengel noch ein wenig gebogen, und die Blume [illegible] über den Tisch aufgehängt. Jetzt:

Ein Korb, noch ein [illegible] Mädchen mit einem großen Blumenhut vor, sagte, was mir zum Entsetzen [illegible] Worte erklärte mir, daß wir uns [illegible] Blumen, Blätter, Bänder, Kreuzchen usw., wenn wir fertigen es dann [illegible] der die Kolonnenbewegungen zum Ernähren ihrer Eltern brauchen.

Als die Sache begonnen war, hatte ich [illegible] mit [illegible]

„[illegible]"

„[illegible]"

„[illegible]"

„[illegible]"

„[illegible]"

„[illegible]"

„[illegible]"

[illegible]

Ein einfaches Sommerkleid, was früher 5 bis 7 M. kam, soll nun 18 M. kosten usw.

Wie soll nun die Arbeiterschaft in der Lage sein, die fabelhaften Preise für die notwendigste Kleidung erschwingen zu können? Lohnforderungen müssen die Folgen sein und da auch viele Arbeitgeber unter den Kriegsverhältnissen zu leiden haben, sind schwere Lohnkämpfe nicht ausgeschlossen.

Es wird die Frage an die maßgebenden Behörden gerichtet: wann gedenkt man diesem Krebsschaden am Volkskörper einmal energisch entgegenzutreten? Zur Beruhigung aller Volksschichten ist eine baldige Antwort dringend zu wünschen, der aber auch einmal die Tat folgen muß. Nichts ist aufreizender als diese Bereicherung einzelner Personen auf Kosten kleiner Schichten in der schweren Zeit unseres Existenzkampfes!!

Die hohen Kartoffelpreise. Das Sächsische Kriegswucheramt teilt zu der von uns erwähnten Meldung der Neuesten Nachrichten, wonach ein Preis von 2,20 bis 2,90 M. für ein Pfund Kartoffeln gefordert worden und das Wucheramt trotz Anzeige nicht eingeschritten sei, mit, daß es keine Anzeige erhalten habe. Die Sache wird zur Zeit untersucht, es steht aber bereits fest, daß tatsächlich Kartoffeln zu 2,20 M. das Pfund verkauft worden sind. Sie sind in Töpfen gezogen worden, rechtfertigen aber trotzdem diesen Preis sicherlich nicht. Die Neuesten Nachrichten bemerken noch zu der Richtigstellung des Kriegswucheramtes, daß ihr Gewährsmann die Preisprüfungsstelle, bei der er den Fall zur Sprache brachte, mit dem Kriegswucheramt verwechselt habe.

Pflanzt Gemüse nach! Man schreibt uns: Durch die anhaltende Trockenheit sind leider viele Gemüsepflanzen nicht recht vorwärts gekommen, ja sogar vertrocknet. Es ist aber unbedingt Pflicht, jedes Stückchen Land, das dazu brauchbar ist, wegen der Nahrungsmittelknappheit zum Gemüseanbau auszunützen. Wo also die Trockenheit und Hitze Gemüsepflanzen vernichtet haben, muß unbedingt und sofort eine Nachpflanzung erfolgen. In den verschiedenen Gärtnereien sind Spätaussaaten vorgenommen worden, um für den Bedarfsfall zur Nachpflanzung Gemüsepflanzen abgeben zu können. Unter anderem hat auch die Stadtgärtnerei in Dresden, Tatzberg 6, große Mengen Gemüsepflanzen von Spätaussaaten preiswert zum Verkauf.

Die alten Versicherungsmarken werden nach dem 30. Juni durch die Post nicht mehr vertrieben. Bis zum 31. Dezember 1918 werden sie noch umgetauscht.

Gegen die Fahrpreiserhöhung der Straßenbahn haben jetzt auch die Handlungsgehilfen Stellung genommen. Sie heben hauptsächlich hervor, daß es ungerecht sei, für die durch Abnutzung des Materials entstandenen Kriegsschäden der Straßenbahn die Fahrgäste in gewissem Sinne ersatzpflichtig zu machen, und plädieren für die Aufnahme einer Anleihe zur Bestreitung der Unkosten.

Der Verein Asyl für Obdachlose (Frauen und Kinder) hielt kürzlich seine Hauptversammlung ab. Nach dem Tätigkeitsbericht wurden im Berichtsjahre 3977 Personen im Asyl aufgenommen, nämlich 3095 Frauen, 782 Mädchen und 100 Kinder — darunter fünf Säuglinge. Für die Speisung dieser Personen wurden rund 300 Brote, 4000 Semmeln, sechs Zentner Weizenmehl (zu Suppen) und 500 Liter Vollmilch verbraucht, für Beheizung und Bäder etwa 250 Hektoliter Kohlen und Koke sowie 18 000 Briketts. Den 23 187 M. Einnahmen stehen 19 042 M. Ausgaben gegenüber.

Der Johannis-Jahrmarkt wird am kommenden Sonntag, Montag und Dienstag hier in der üblichen Weise abgehalten.

Die Bedeutung der Alkoholfrage für das neue Deutschland wird in einer öffentlichen Versammlung dargelegt werden, die anschließend an die in Dresden stattfindende geschlossene Frauenkonferenz zum Studium der Alkoholfrage am kommenden Sonnabend, abends 8½ Uhr, im großen Saale des Künstlerhauses, Grunaer Straße, abgehalten werden soll und zu der Männer und Frauen Zutritt haben. Rednerinnen sind: Frau Martha Voß-Zinn, Lübeck und Oberlehrerin Elisabeth Kniebe, Magdeburg. Nach dem Vortrag findet eine freie Aussprache statt.

Eine Aufführung für den Heimatdank wird heute Donnerstag und Sonntag, nachmittags 6 Uhr, im Schulsaal der 27. Bezirksschule in Pieschen, Moltkestraße 14, von den Kindern der Schule veranstaltet werden. Die Lehrerschaft teilt uns dazu mit: Es ist das frohe, phantasievolle Spiel des Kindes, das in den Kinderszenen sich wiederspiegelt. Jeder Kinderfreund ist herzlich eingeladen. Eintritt 20 und 30 Pf.

Sarrasani. Täglich, 8 Uhr, Mittwoch, Sonnabend und Sonntag auch nachmittags 3½ Uhr, wird das romantische Schaustück Preziosa aufgeführt, dazu ein Zirkusteil, der Dressuren, Hohe Schule und humoristische Schlager enthält, unter denen Johnson und Johnson eine hervorragende Nummer bilden.

Pieschen, Trachenberge. Die Genossinnen werden ersucht, sich zahlreich an der Mitgliederversammlung Freitag den 22. Juni in der Börse zu beteiligen, da der Tätigkeitsbericht zwecks dieser Versammlung ausgestellt ist.

Aus der Umgebung.

Leubnitz-Neuostra. Am Freitag Verkauf von Sauerkraut und Stärke. Sonnabend Weizen- und Kartoffelkurpenmehl.

Briesnitz. Nahrungsmittelbande in den einzelnen Gemeinden: Nach Gamlenfundmühle: Erbsluppe, 125 Gramm zu 40 Pf., nach Wagner-Imfundmühle: Zuckerbonin, 125 Gramm zu 15½ Pf., Schweizerkäse, 100 Gramm zu 40 Pf., Mandelkerne, 25 Gramm zu 5 Pf. für jede Person. Nach Gamlenfundmühle wird das Mehl freitag ausgegeben. Wer lieber einen Zentner Mehl haben möchte, tauscht Mehl gegen Brot beim Bäcker ein. 1½ Pfund Mehl für 2 Pfund Brot. Gekochte Rohrrüben, [illegible] in den einzelnen [illegible]

Kaitzsch. Freitag Verkauf von Bonbonin zu [illegible] Pf. Sonnabend Verkauf von [illegible] zu [illegible] Pf. Alle den Verkauf betreffenden Bestimmungen.

Leffendorf. [illegible]

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19170621/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Leben · Wissen · Kunst

Wilhelm von Humboldt.

Zum 150. Geburtstage am 22. Juni.

Wer heute Humboldt, den Gelehrten, der seinem Bruder, dem [illegible] ebenbürtig war, nahekommen will, hat es nicht allzu[illegible]. Denn dieser Mann hat zu denen gehört, die das Tor zu dem [illegible], unbetretenen Felde durchschritten, auf dem die Wissenschaften [illegible] zum Ineinanderwachsen und befruchtenden [illegible] bereit sind. Er war ein Geist, der auf [illegible] hinwirkend drang, ein Finder verbindender Ideen, ein Bahnbrecher [illegible] Forschung, dem die Sprachwissenschaft Bedeutendes [illegible]. Er hatte die Luft des Klassikerkreises in Weimar und Jena [illegible] großstruktiaten letzten Jahrzehnt des scheidenden Jahrhunderts [illegible], und das hieß ein Aufgehen in dem Ziel, Natur und Geist [illegible] und in dem Tun aller Zeiten und Völker aufzuspüren, [illegible] als Menschheitsleistung fortzuwirken berufen schien. Als ein [illegible] aus den gewaltigen Wehen der großen französischen [illegible] für sein geschichtliches Anschauen den Ertrag gewonnen, [illegible] diese Umwälzung, wenn ihre Ideen zur Klärung gelangten, auf [illegible] Nachfahrenstaaten ganz besonders fruchtbar einwirken werde. „Sie [illegible] durch den Gang aller menschlichen Begebenheiten bewähren, [illegible] das Gute wie an der Stelle wirkt, wo es geschieht, sondern [illegible] Entfernungen der Räume oder der Zeiten, und in denen [illegible] Stelle ihre wohltätige Wirkung wieder von einer andern gleich [illegible] empfängt." Wie Humboldt an diese dauernde Fernwirkung [illegible] Revolution glaubte, so hing er auch mit hingebender Inbrunst [illegible] Leistungen des alten Griechentums, in dem Geist und Natur [illegible] in feinster Vereinigung wirksam zeigten. Um dieses Ziel war [illegible] den neuen Denkern des Humanitätsideals zu tun, die über [illegible] Aufklärung, auf deren Gewinnen sie fußten, zum Bilden und Ent[illegible] vorwärts wollten.

Das Humanitätsideal war aber im Kern persönlichstes [illegible]ildungsideal. Humboldt hat gesagt: „Die Sätze, daß nichts [illegible] Erden so wichtig ist, als die höchste Kraft und vielseitigste Bildung [illegible] Individuums, und daß daher der wahren Moral erstes Gesetz ist: [illegible] dich selbst, und nur ihr zweites: wirke auf andere durch das, [illegible] du bist, — diese Maximen sind mir zu eigen, als daß ich mich je [illegible] können." Das schrieb der Jüngling; dem Manne [illegible] sollte die Zeit kommen, wo dieses Zweite ihm größte Aufgaben [illegible] in den Jahren der schwersten Not Deutschlands [illegible] die napoleonische Herrschaft. Denn damals berief sein Heimat[illegible] Preußen ihn auf Steins Rat in das Ministerium zur Leitung des [illegible]richtswesens, und das schuf ihm Gelegenheit, in einem Werk [illegible] der Gründung der Universität Berlin, die 1810 geschah, [illegible] idealsten Bildungswillen Wege zu suchen. In diesen Jahren [illegible] sich gezeigt, daß sein junges Ziel, zwischen den beiden Polen [illegible] und Menschheit geschichtlich unmittelbar wirksame Be[illegible]ungen und Verbindungen zu schauen, sich um einen Schritt ab[illegible] hatte, der für die Entwicklung seines politischen Denkens [illegible] bedeutsam heißen muß. Denn gewichen ist jene Gleich[illegible] gegen den Staat als Kulturfaktor, die den Ueberzeugungen [illegible] Rousseauzeit entsprach. In einer Jugendschrift über die [illegible] Grenzen der Wirksamkeit des Staates" hatte [illegible]boldt einst bezweifelnd abgewiesen, daß dem Staat eine Rolle [illegible] Umfangs für die Entwicklung seines inneren Lebens zugedacht [illegible] könne. Damit stimmte nicht mehr überein, was er jetzt in [illegible] Zeiten Steins, Scharnhorsts, Hardenbergs mit [illegible] ausdauernden Ernst anstrebte.

Im Jahre der Revolution 1830 schrieb Leopold von Gerlach, [illegible] der achtundvierziger Kamarillahäuptling, als er im [illegible] Schlosse Metternichs den Kupferstich sah, der die Männer [illegible] Wiener Kongresses darstellte: „Können diese Männer: Talleyrand, [illegible]boldt, Hardenberg, Metternich das alte, ruinierte Europa von [illegible] auf seinen Grundfesten herstellen?" Seine rückgewandte, reaktio[illegible] Sehnsucht nannte das Bild haßerfüllt „ekelhaft"; aber die [illegible] Junkerschaft hätte schon Anlaß gehabt, mit dem Ergebnis [illegible] Kongresses zufrieden zu sein. Falsch jedoch war, einen Humboldt [illegible] den übrigen Kongreßhäuptern kurzweg in einem Atem zu nennen. [illegible] daß dieser nicht darauf ausging, das gestürzte Alte wiederher[illegible], ist gewiß, und sicher war sein Ziel, eine nach außen starke [illegible] damit nach innen kulturell leistungsfähige deutsche Staatsmacht [illegible]bahnen, das beste Mittel, eine preußische Politik voll großer Auf[illegible] anzubahnen und zu stützen. Schlug nun aber durch den Wiener [illegible] sein Wunsch fehl, so mußte auch der als Ertrag erhoffte [illegible] der inneren Gesundung Preußens ausbleiben, und das trat [illegible] genug ein.

Daß Humboldt 1819 nach Berlin berufen wurde, um das Amt [illegible] Ministers der Verfassungsarbeit zu übernehmen, [illegible] Sand in die Augen des preußischen Volkes. Denn schon waren [illegible] Größe der Heiligen Allianz die Vorarbeiten geschehen, aus denen [illegible] jenem Jahre die berüchtigten „Karlsbader Beschlüsse" [illegible]zwangen, die das schmachvollste Bütteltum gegen die Anhänger [illegible] neuen politischen Ideen in Fluß brachten und zugleich die Ver[illegible]arbeit töteten. Der Dolchstoß des Burschenschafters Sand, [illegible] einen Kotzebue traf und gegen die zaristisch geheiligte Reaktion [illegible]chtet war, hat nur das Hereinbrechen des Attentats auf die [illegible] des Volkes, die durch königliche Versprechungen gefördert [illegible] waren, beschleunigt. Humboldt hatte sein Amt trotz der ver[illegible] Lage übernommen. Er gehorchte einer inneren Notwendig[illegible]. In einer „Denkschrift über Preußens ständische Verfassung" [illegible] seine Forderungen, die nicht abweichen von der Grund[illegible], den Staat durch allgemein ausgebaute, bürgerliche Selbst[illegible] aus dem Volke empor aufzubauen. Er trat für „ein wirk[illegible] Entscheidungsrecht" der Landstände ein, das „auf alle eigent[illegible] und allgemeinen Gesetze, sowie auf jede Veränderung der allge[illegible] Besteuerung auszudehnen" sei. Damit stellte Humboldt sich [illegible] Gegensatz zu dem überlieferten System, insbesondere auch [illegible] Richtlinien, denen auch die Haldbeit eines Hardenberg [illegible] unterworfen hatte. Humboldt forderte die gesetz[illegible] Sicherung der persönlichen Freiheit, der Gewissens- und [illegible]freiheit. Er hat freilich damals, wie schon früher, in der [illegible] ihm als Ausnahmezeit gewertete Aera der napoleonischen Unter[illegible] das Postulat einer völlig unbeschränkten Rechtfreiheit nicht [illegible] mögen, aber als ihm jetzt die Arbeit auffiel, die Karlsbader [illegible] zu brandmarken, kehrte er sich gegen diese.

Es ist nicht endgültig verbürgt, daß Humboldt die Beschlüsse [illegible] unnational, ein denkendes Volk aufreizend" bezeichnet [illegible] Ausdruck eben aber ist echt. „Daß, wenn erst die Me[illegible] in seinem Aufachten aber ist echt. „Daß, wenn erst die Me[illegible] hängt, [illegible] die Aufrichtigkeit unter allen Klassen zu [illegible] überall in Deutschland, was von ihnen abhängt, [illegible] der Geist kleinlicher Bevormundungssucht und kindischen Mißtrauens [illegible] Verhältnissen deutlich genug. Aber die Me[illegible] hatten eben nicht daran zu tun, was dem Volkswillen [illegible] Bedürfnis dem Volk das Recht der Mitwirkung zu [illegible] in den Mund. Als Humboldt um seine Macht zu [illegible] den Versuch machte, den Einzelmitgliedern gegenüber dem [illegible] Gesamtheit zu beschützen, trat der Staat [illegible] mit Hardenberg allen Herren. Ohne selber um [illegible] zu sein, wurde er am Ende [illegible] Verfassungsentwürfen [illegible] Hardenberg [illegible] Rationalen [illegible] Bundestag [illegible] Preußen [illegible] Bundesrat [illegible] Reichstag [illegible] Bundesrat [illegible] Reichstag [illegible] Bundesrat [illegible] Reichstag

Bildende Künste.

Die Kunstausstellung Emil Richter zeigt gegenwärtig Gemälde des Leipzigers Karl Strathmann und der Wienerin Lene Schneider-Kainer. Man könnte beide leicht miteinander verwechseln, d. h. die Werke Strathmanns lassen in Auffassung und Stil eher auf einen weiblichen Schöpfer schließen und die der Lene Schneider auf einen männlichen. Strathmann gibt, der älteren Schule folgend, Landschaften und Phantasiebilder mit peinlichster Durchführung aller Einzelheiten. Sie werden in ihrem Stil mehr vom kunstgewerblichen Empfinden aus bestimmt als vom rein Künstlerischen. Hierher gehören namentlich die großen Bilder „Faun und Schlange" und „Ibykus und die Kraniche". Freier und malerischer wird der Künstler in den Baumgruppen und in der „Dünenlandschaft". Im „Begräbnis" klingt sogar ziemlich stark die naturalistische Schule auf. Im allgemeinen jedoch wirkt der Charakter dieser Bilder veraltet. Es geht von ihnen nicht der warme Atem pulsierenden Lebens aus. Desto lebhafter und kraftvoller geht Lene Schneider-Kainer ins Zeug. Ihre Arbeiten tragen ganz das Gepräge der temperamentvollen Wienerin, die durch die Pariser und Berliner Schule gegangen ist. Sie hat die kecke Ungeniertheit des Zufassens und die flotte unbekümmerte Formsprache, der es vor allem auf lebendige Wirkung ankommt. Manche Unausgeglichenheit nehmen wir da vorläufig gern mit in Kauf. Der allgemeine Stil der Künstlerin läßt Einflüsse von Corinth und Jäckel spüren. Das malerisch Stärkste gibt sie in ihren Bildnissen, die schon im Umriß in Haltung und Geste mit wenig Mitteln das Charakteristische geben. Interessieren wird besonders das „Bildnis des Schriftstellers Werfel", das allerdings mehr den äußeren als den inneren Menschen gibt. Unter den zahlreichen von plastischer Formfreudigkeit getragenen Akten ragt besonders das „stehende Mädchen am Fenster" durch scharfe Naturbeobachtung hervor. In einigen kleineren Blumenstilleben zeigt die Künstlerin, daß auch mit äußerst sparsamer Anwendung von Farbe malerisch wirksame Eindrücke zu schaffen sind. Weniger befriedigt ist man von den Landschaften, in denen das nervös schaffende Temperament der Künstlerin es noch zu keiner geschlossenen, ruhigen Wirkung kommen läßt. Im ganzen lassen jedoch die Arbeiten eine starke Persönlichkeit erkennen, auf deren weitere Entwicklung man gespannt sein darf. Im Vorraum der Ausstellung sehen wir weiter subtil durchgeführte Blumenstücke von Rudolf Schmid, Freiberg i. S., ferner Städtebilder aus Lübeck von Grete Waldau, Berlin, und einige Gemälde von Marianne Liebe, wovon besonders das „Bildnis im Grünen" hervorzuheben wäre. m. m.

Theater.

Theater am 22. Juni. Opernhaus: Die Walküre (6). — Schauspielhaus: Robert und Bertram (7). — Albert-Theater: Die Schmetterlingsschlacht (8). — Residenz-Theater: Die schwebende Jungfrau (8). — Zentral-Theater: Liti Grün (7½).

Kleine Mitteilungen.

Die Gründung eines Sächsischen Künstlerhilfsbundes wurde gestern unter Vorsitz des Ministers des Innern vollzogen in Anwesenheit von Künstlern und Kunstfreunden aus dem ganzen Lande. Die Fürsorge des Bundes soll sich nicht beschränken auf die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen der sächsischen Künstlerschaft, sondern sich auch auf die notleidenden sächsischen Künstler und ihre Angehörigen überhaupt erstrecken. Der Bund ist nach den Satzungen gedacht als Organisation der Selbsthilfe, er soll von der sächsischen Künstlergesellschaft getragen sein, jedoch auch Kunstfreunde aufnehmen. Zwecks Erleichterung der Arbeit werden drei Gruppen gebildet für Dichter und Schriftsteller, für vortragende Künstler und Tonsetzer, für bildende Künstler. Vorsitzender ist der jeweilige Minister des Innern, der auch die neuen Vorstandsmitglieder ernennt, so daß von einer wirklichen Selbstverwaltung nicht die Rede ist.

Ein Institut für Balkan- und Orientforschung soll demnächst an der Universität in München errichtet werden. Das bayerische Kultusministerium hat bereits die Richtlinien hierzu ausgearbeitet. Die schon bestehenden ähnlichen Einrichtungen sollen in das neue Institut einbezogen werden. Die Gründung bedeutet einen weiteren Schritt zu dem Ziele, auf dem Balkan wirtschaftlich festen Fuß zu fassen.

Sportkartell.

Arbeiterturner. Bezirksausschuß: Heute Donnerstag, den 21. Juni, abends 7½ Uhr, wichtige Kommissionssitzung im Volkshaus. — 2. Gruppe. Heidegruppe: Die für den 24. Juni angesetzte Turnerinnen-Lehrstunde findet erst den 1. Juli, 3 Uhr, in der Turnhalle zu Wilschdorf statt. — 3. Gruppe. 24. Juni, 1 Uhr, Gruppenspieltag im Gasthof Birkigt. Barlauf: 4,30—5 Uhr Niederpesterwitz—Deuben. 4,30—5 Uhr Potschappel—Kleinnaundorf. 5—5,35 Uhr Gittersee—Döhlen—Weißig. 5—5,35 Uhr Birkigt—Deuben. 5,40—6,10 Uhr Kleinnaundorf—Gittersee. — Faustball: 4,30—5 Uhr Zaucherode—Gittersee. 4,30—5 Uhr Deuben—Kleinnaundorf (Turnerinnen). 4,30—5 Uhr Döhlen—Weißig—Deuben. 5—5,35 Uhr Potschappel—Niederpesterwitz. 5—5,35 Uhr Gittersee—Tharandt (Turnerinnen). 5—5,35 Uhr Birkigt—Kleinnaundorf. 5,40—6,10 Uhr Deuben—Tharandt (Turnerinnen). 5,40—6,10 Uhr Gittersee—Kleinnaundorf. 5,40—6,10 Uhr Döhlen—Weißig—Deuben. 5,40—6,10 Uhr Gittersee—Zaucherode. 6,15—6,45 Uhr Gittersee—Deuben. 6,15—6,45 Uhr Deuben—Kleinnaundorf. — Jeder Verein hat zwei Kampfrichter 12½ Uhr in Birkigt zu stellen. Die ausgegebenen Karten sowie Kreis- und Bezirksbeiträge sind sofort abzurechnen.

Kriegstagung der sächsischen Jugendfürsorge.

In Anwesenheit von Vertretern der Staatsregierung und zahlreicher Behörden hielt am Mittwoch die Zentrale für Jugendfürsorge in Dresden eine Kriegstagung 1917 für Sachsen ab. Es handelt sich dabei um eine Veranstaltung von bürgerlicher Seite.

Als erster Punkt stand auf der Tagesordnung: **Aufklärung über die Gefahren der Kriminalität der Jugend.** Der Referent Herr Reichsgerichtsrat Dr. Neukamp (Leipzig) sowohl als auch die nachfolgenden Debattenredner vertraten den Standpunkt, daß man sich auf keinen Fall der trügerischen Hoffnung hingeben solle, es werde nach dem Kriege die Kriminalität wieder abnehmen, man war vielmehr der Meinung, daß die verderblichen Einwirkungen des Krieges sich noch lange in die Friedenszeit hinein bemerkbar machen werden. Als wünschenswert wurde namentlich auch die Einführung von Schulschwestern als Bindeglied zwischen Schule und Elternhaus bezeichnet. Die Versammlung einigte sich schließlich auf folgende Leitsätze:

Als vorbeugende Maßregeln bei der Jugendfürsorge kommen in Betracht: Vermehrung der Jugendhorte und Verallgemeinerung der Einführung von Schulpflegerinnen; Aufforderung an das Publikum, leichtere Straffälle von Jugendlichen nicht sofort bei der Polizei oder Staatsanwaltschaft anzuzeigen, sondern sich dieserhalb zunächst mit einer Zentrale für Jugendfürsorge oder einer ähnlichen Jugendfürsorgeeinrichtung in Verbindung zu setzen; reichsrechtliche Einführung des Spargzwanges und der durch die Militärbefehlshaber lediglich für die Dauer des Krieges getroffenen erzieherischen Maßnahmen (Verbot des Besuchs von Wirts- und Lichtspielhäusern), des Rauchens, des zwecklosen späten Umhertreibens, der Verbreitung von Schundliteratur und dergl.); Erhöhung des strafmündigen Alters auf das vollendete 14. Lebensjahr; reichsrechtliche Regelung der Fürsorgeerziehung und der Schutzaufsicht, sowie Erlaß eines Gesetzes über das Strafverfahren gegen Jugendliche.

Als abschreckende Maßregeln werden vorgeschlagen: Ersatz des Strafverfolgungsaufschubs durch den Strafverfahrensaufschub; Einführung des Disziplinararrestes für Jugendliche; Vermeidung kurzfristiger und Verhängung hoher Freiheitsstrafen in den geeigneten Fällen.

Außerdem wurde beschlossen, an die zuständige Stelle das Ersuchen um Erlaß eines Reichsjugendgesetzes zu richten.

Dann sprach Herr Nervenarzt Dr. Stadelmann (Dresden) über die **Bedeutung des Kindheitserlebnisses für die Ausgestaltung der Lebensführung.** Die Erlebnisse des Kindes im Elternhause wirken bestimmend auf die Charakterbildung des Erwachsenen. Eine Erziehung, die nur mit Verboten und Geboten arbeite, ohne auf die Innerlichkeit des Kindes einzugehen, könne aus dem Kinde einen tatenlosen Mann machen. Besonders seien es stark mit Affekt ausgestattete Kindheitserlebnisse, die sehr nachhaltig der Lebensführung Richtung geben. Eine im jugendlichen Alter z. B. erlittene ungerechtfertigte Kränkung könne so nachhaltend wirken, daß im Verein mit später dazu kommenden ähnlichen Erlebnissen der Mensch im Gefühl einer „gerechtfertigten" Rache Verbrechen begehen könne. Besonders ausschlaggebend für die Ausgestaltung der Lebensführung würden die Kindheitserlebnisse auf sexuellem Gebiet; sie können für die späteren Jahre zu Nerven- und Geisteskrankheiten führen. Aber auch Werte von großer kultureller Bedeutung könnten auf Grund von Kindheitserlebnissen geschaffen werden. Wenn der Erzieher an dem Kinde eine seelische Veränderung beobachte, erwachse für ihn die Aufgabe, nach dem Grunde zu suchen. Habe er diesen in einem Erlebnis gefunden, so müsse er das Erlebnis aus dem Gedächtnisverließ des Kindes herauslösen und zur Ablösung bringen. Immer habe der Erzieher darauf zu achten, daß dem Kinde sein Lebensrecht werde, daß er das Kind und den Jugendlichen zu Worte kommen laßt und ihnen Erkenntnis über die seelischen Vorgänge beibringt. Damit werde der Erzieher der Forderung der neuen Zeit gerecht, die Wahrheit durch Erkenntnis bringen wolle.

Auch dieser Vortrag rief eine längere Aussprache hervor; die Versammlung erklärte sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden.

Ueber **Landflucht und Landpflege** sprach Herr Regierungsbaumeister Dr. Meinhardt (Dresden). Seine Ausführungen gipfelten in einer Anzahl von Leitsätzen. Darin heißt es u. a.: Ohne die teuernde, jahrelange Zuziehung vom Lande wären das Wachstum unserer Städte und Industriegemeinden und die Leistungen unserer Industrie vor und in diesem Kriege nicht möglich. Landwirtschaft in [illegible] Lage daher im wohlverstandenen [illegible] Landflucht [illegible] aber das Land [illegible] Landwirtschaft [illegible] Um der Landflucht [illegible] die wirtschaftlichen Lage der [illegible] zu bessern [illegible] Wohnungsfürsorge, [illegible] des Versicherungsamtes, [illegible] der Arbeiterversicherung und Arbeitsnachweis, [illegible] Gemeinden als bestes [illegible] Boden- und Kapitalpolitik [illegible] Wohlergehen der Landbevölkerung zu fördern und zu pflegen durch Volks- und Fortbildungsschulen, landwirtschaftliche Fachschulen und solche für Landhandwerker, durch Jugendpflege, Jugend- und Volksbüchereien, volkstümliche Belehrung in Gemeindeabenden, Weckung des Heimatsinnes durch Volkslied, Volksmusik und Volkstänze, Stärkung des Familiensinns, indem der Sinn für einfache und gesunde Wohnungen, für praktische Einrichtung und anheimelnde Ausschmückung der Wohnungen, für eine gemütliche Gestaltung der Erholung in der Familie geweckt und gepflegt wird. — Für das kommende Geschlecht, sowie für Kranke und Schwache ist zu sorgen durch Regelung der Arzt-, Hebammen- und Apothekerfrage, geordnete Krankenpflege und durch Armenpflege im Sinne der Wohlfahrtspflege, nicht der Wohltätigkeit.

Den Leitsätzen wurde mit einigen Abänderungen und Ergänzungen zugestimmt.

Zum Schluß folgte noch ein Vortrag des Schuldirektors Delitsch in Plauen i. V. über **Wohnungsnot der Großstadt und Volkserhaltung.** Er stellte folgende Forderungen auf, die von der Versammlung gebilligt wurden: Zur Lösung des Wohnungsproblems müssen sich Staat, Gemeinde, Vereine und wohlwollende Privatunternehmer verbünden. Der Weltkrieg stellt die Wohnungsfrage in das Licht der Volkserhaltung — nach wirtschaftlicher, gesundheitlicher und sittlicher Richtung. Unsere Wohnungsnot wurde durch die erfreuliche Tatsache des deutschen Aufstiegs und die unerfreuliche selbstsüchtiger Bodenspekulation verursacht. Sie entstand mit der starken Bevölkerungszunahme und wuchs mit der Großstadtbildung und Mietskasernenerrichtung. Wirtschaftlich bedroht sie das Emporkommen des einzelnen. Die Wohnungsnot bedroht gesundheitlich das Leben der Säuglinge, dann das Gedeihen der übrigen Kinder, die hoffenden Mütter, alle Schwachen und Kranken. Sie hilft Volksseuchen verbreiten, besonders Rachitis, Tuberkulose und Syphilis. Sittlich bedroht sie die geschlechtliche Reinheit, die gesamte Erziehung und gute Führung, auch Familiensinn, Nachbarschaft, christliche Nächstenliebe, Volkstreue und Heimatliebe.

Wirtschaftlich begegnet man ihr durch den Kleinwohnungsbau seitens der Regierung, der Gemeinden, der Baugenossenschaften und wohltätiger Stiftungen, — ferner durch Grundwertsteuer, Zuwachssteuer, Einschränkung der Hypothekenbelastung auf Grundstücke und Häuser. Gesundheitlich begegnet man ihr durch eine vernünftige Bauordnung, zweckmäßige Baupolizei und Wohnungsaufsicht, wie durch alle Maßnahmen der Volkshygiene.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Der Deutsche Industrieschutzverband

hält seine diesjährige Hauptversammlung am 28. Juni in Dresden ab. Auf der Tagesordnung steht außer dem Jahresbericht des Geschäftsführers Direktors Grützner (Deuben), dem Kassenbericht des Schatzmeisters, verschiedenen Wahlen und einigen Satzungsänderungen ein Vortrag des Verbandsvorsitzenden Landtagsabgeordneten Dr. Zöphel (Leipzig) über Arbeitgeberfragen und Uebergangszeit.

Gerichtszeitung.

Geschwornengericht.

In dem Prozeß gegen den Gutsbesitzer Winkler

und die Mitangeklagte Fischer wegen betrügerischen Bankrotts und Meineids wurde am zweiten und dritten Verhandlungstage die Beweisaufnahme fortgesetzt. Der 70jährige Angeklagte erklärte bei Fragen, deren Beantwortung ihn belasten mußten, daß er sich auf nichts besinnen könne, bewies aber bei der nächsten Frage, daß er ein sehr gutes Gedächtnis besitzt. Auch die Fischer ist viel intelligenter, als sie in der Verhandlung erscheinen will. Bei vielen Schiebungen mag es glaubhaft erscheinen, daß sie erst hinterher erfahren hat, um was es sich handelt, da sie völlig unter dem Einflusse W.s stand. Dafür war sie aber vollständig von der Sachlage orientiert, als die Zivilprozesse gegen sie und W. schwebten und sie, sowohl W., falsche Zeugnisse und Tatsachen mit dem Eide bekräftigten. In dem Gutachten des Geh. Medizinalrats Dr. Ganser wurde Winkler als Simulant bezeichnet, der aber völlig geistig zurechnungsfähig und besonders dessen Gedächtnis gut ist und der die volle Verantwortung für seine Handlungsweise tragen könne.

Der Staatsanwalt führte am Beginn seiner Schlußrede aus: Wir stehen heute im Zeichen wirtschaftlicher Reorganisation auf allen Gebieten und da gelte es, alle Auswüchse zu bekämpfen. Einen hervorragenden Platz nähmen der Pauschwindel, die Grundstücksspekulationen und Schiebermanipulationen ein, wie der Prozeß Schiffmann in Berlin und Lorenz (Meißen) Schlicht vor zwei Jahren hier bewiesen haben. Die letzten Tage haben bewiesen, daß W. seit vielen Jahren bewußt auf Täuschung ausarbeite. Aber auch die F. habe, wie die Beweisaufnahme ergeben habe, bewußt gehandelt. Die Schuldfragen seien in allen Punkten zu bejahen. Die Geschworenen bejahten sich, die Straftaten der beiden Angeklagten im [illegible] Sinne zu lassen. Es [illegible] auf fahrlässigen Meineid [illegible] Rechtsbelehrung und Urteil wurden auf Donnerstag vertagt.

Landgericht

Eine Serie ihres Kindes.

[illegible] „Dienstbotenblatt" mit Bekanntmachungen [illegible] sehr jungen Dienstmädchen [illegible] Verkehrt [illegible] Gelegenheit [illegible] Dienstmädchen [illegible] Dienstbotenblatt [illegible] wurden auf Donnerstag vertagt.

Dachdecker und Schriftsteller, für vortragende Künstler und Tonsetzer und für bildende Künstler. Vorsitzender ist der jeweilige Minister des Innern, der auch die neuen Vorstandsmitglieder ernennt, so daß von einer wirklichen Selbstverwaltung nicht die Rede ist.

Ein Institut für Balkan- und Orientforschung soll demnächst an der Universität in München errichtet werden. Das bayerische Kultusministerium hat bereits die Richtlinien hierzu ausgearbeitet. Die schon bestehenden ähnlichen Einrichtungen sollen in das neue Institut einbezogen werden. Die Gründung bedeutet einen weiteren Schritt zu dem Ziele, auf dem Balkan wirtschaftlich festen Fuß zu fassen.

Sportkartell.

Arbeiterturner. Bezirksausschuß: Heute Donnerstag, den 21. Juni, abends 7½ Uhr, wichtige Kommissionssitzung im Volkshaus. — 2. Gruppe. Heidegruppe: Die für den 24. Juni angesetzte Turnerinnen-Lehrstunde findet erst den 1. Juli, 3 Uhr, in der Turnhalle zu Wilschdorf statt. — 3. Gruppe. 24. Juni, 1 Uhr, Gruppenspieltag im Gasthof Birkigt. Barlauf: 4,30—5 Uhr Niederpesterwitz—Deuben. 4,30—5 Uhr Potschappel—Kleinnaundorf. 5—5,35 Uhr Gittersee—Döhlen—Weißig. 5—5,35 Uhr Birkigt—Deuben. 5,40—6,10 Uhr Kleinnaundorf—Gittersee. — Faustball: 4,30—5 Uhr Zaucherode—Gittersee. 4,30—5 Uhr Deuben—Kleinnaundorf (Turnerinnen). 4,30—5 Uhr Döhlen—Weißig—Deuben. 5—5,35 Uhr Potschappel—Niederpesterwitz. 5—5,35 Uhr Gittersee—Tharandt (Turnerinnen). 5—5,35 Uhr Birkigt—Kleinnaundorf. 5,40—6,10 Uhr Deuben—Tharandt (Turnerinnen). 5,40—6,10 Uhr Gittersee—Kleinnaundorf. 5,40—6,10 Uhr Döhlen—Weißig—Deuben. 5,40—6,10 Uhr Gittersee—Zaucherode. 6,15—6,45 Uhr Gittersee—Deuben. 6,15—6,45 Uhr Deuben—Kleinnaundorf. — Jeder Verein hat zwei Kampfrichter 12½ Uhr in Birkigt zu stellen. Die ausgegebenen Karten sowie Kreis- und Bezirksbeiträge sind sofort abzurechnen.

Frieser zu 300 M. Geldstrafe verurteilt. Gegen dieses Urteil hatte die M., aber auch die Staatsanwaltschaft, Berufung eingelegt und die ganze Sache wurde vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts nochmals verhandelt. Die Verhandlung, zu der 25 Zeugen vorgeladen waren, erstreckte sich bis in die späten Nachmittagsstunden und ergab ein vernichtendes Urteil über die Dame. Durch Zeugenaussagen wurde wiederum bestätigt, daß mehrere junge Dienstmädchen mit der Hundepeitsche geschlagen, an den Haaren gerauft, nachts aus den Betten gerissen, in die Brüste gekniffen, geohrfeigt und mit Faustschlägen traktiert worden sind. Außerdem mußten sie Schimpfworte über sich ergehen lassen, die hier nicht wiederzugeben sind und die man einfach aus Schamgefühl vor solchen jungen Mädchen nicht hätte lassen dürfte. Die Angeklagte bestritt alles. Vor allen Dingen behauptete sie und ihr als Verteidiger anwesender Mann, daß in ihrer Behausung eine andere Hundepeitsche vorhanden gewesen sei, als die auf dem Gerichtstische liegende. Mehrere Zeugen beschworen, daß sie mit einer Peitsche geschlagen worden seien, die mehrere Riemen hatte, während die auf dem Gerichtstische liegende nur einriemig ist. Die Angeklagte betonte mehrfach, daß sie ihren Mann oft auf die Jagd begleite und stets diese Hundepeitsche bei sich führe. Bei dem zahlreich anwesenden Publikum erregte es Verwunderung, als ausgeführt wurde, daß die dem Jagdsport huldigende Dame folgende Kriegsunterstützung bezieht: Monatlich 67 M., außerdem Mietszuschuß monatlich 40 M. für die Wohnung, 22 M. für die Geschäftslokalitäten des Mannes, sowie Milch und Brot und Fleischmarken. Bei solchen Zeugenaussagen und Verwendungen klang es eigentümlich, wenn eine Zeugin erklärte, „ich bin oft nichts zu essen bekommen". Die Angeklagte behauptete, sehr nervös und gereizt zu sein. Diesen Zustand sollen zum großen Teil die bösen Zeitungsschreiber mit verschuldet haben, die vor ihrer Person nicht Halt machten. Ganz aufgeklärt konnte in der Verhandlung der Fall mit der Nachbarin F. nicht werden. Mit genannter Frau ist sie in den Hofe zusammengeriet, hat dann ihren Mann gerufen und in dessen Gegenwart die Nachbarin geschlagen. Für diesen Fall waren im erstinstanzlichen Urteil 20 M. Strafe gerechnet. — Der Staatsanwalt führte aus: Die Angeklagte zeige sich durch die Schimpfworte als eine Frau ohne Bildung, die maßlos erregt ist und sich sehr gehen läßt. Der Fall F. sei nicht völlig aufgeklärt, deshalb lasse er ihn fallen. Bei den beiden anderen Fällen beantrage er aber höhere Strafe, da die Angeklagte als den gebildeten Ständen angehörig bezeichnet werden müßte". (?) Die Beweisaufnahme habe gemeine Rachegelüste festgestellt. Das Verfahren sei gegenüber so jungen Mädchen, die ihrer Obhut anvertraut sind, gemein; es müsse mit Gefängnis und nicht mit Geldstrafe gesühnt werden. Sie sei nur durch Freiheitsstrafe zu bessern. — Der Ehemann wurde als Verteidiger seiner Frau mehrfach vom Vorsitzenden zurechtgewiesen, weil er die Zeugen scharf angriff. Im Urteil wurden beide Berufungen verwiesen. Das Verfahren im Fall F. wurde eingestellt und die Strafe auf 280 M. oder 28 Tage Gefängnis festgesetzt. Das Gericht hielt die Hundepeitsche als gefährliches Werkzeug im Sinne des Gesetzes.

Allen Freunden, Verwandten und Bekannten hiermit die traurige Nachricht, daß gestern vormittag 10¼ Uhr unser lieber, guter Vater, Groß- und Schwiegervater, Onkel und Schwager

Herr Karl Moritz Richter

Maurer und Dachdecker. Veteran von 66 und 70/71

nach längerem, schwerem Leiden im 78. Lebensjahre sanft verschieden ist. Um stilles Beileid bitten

Auguste verw. Richter und Kinder nebst Angehörigen.

Die Beerdigung findet Sonnabend den 23. Juni, nachmittags 3 Uhr, auf dem Cotta[illegible] Friedhofe statt.

Annähfüße

in jeder Preislage, auch für Kinder von 12 bis 14 Jahren. Dieselben werden auf einer Spezialmaschine gratis angemacht. Gleich zu haben.

Gutes, wollenes Strickgarn

schwarz und grau

Prima Häkelgarn, Knäul 50 ₰
Handzwirn, N. Nr. 10 ₰, 5 N. 45 ₰
Handzwirn, N. Nr. 13 ₰, 5 N. 40 ₰
Prima Maschenzwirn, Paar 40 ₰
6 Paar [illegible] M. [illegible]

Chemnitzer Strumpfwarenfabrik u. Webwaren-Niederlage
Reichstraße 22, Hauptstraße

Alte Gebisse

zahle pro Zahn 45 Pf., für Platinzähne [illegible] M. 5.50.
J. Neumann
Leipzig II 1. Tel. 12138.

Unzerstörb. wasserfest Lederkitt, Tube von 50 ₰ an. Impräg[illegible] abläßt sind die besten Schuhschoner, Pfd. 150 ₰. Nähseide 250 ₰. Lederschmiere, Briefe, Zwecken, Stifte, 100 Lederpapier von 95 ₰ an.
Seifels Spez.-Geschäft
21 Plauensche Straße 21, Nähe Jahnmarkt 1. Stand Straßenbahn

Moderne, neue
D.-Kostüme, Jacken, Röcke
Blusen, Röcke, Sommerkleider auch für Mädchen, [illegible] wohl H.-Anzüge, Paletots [illegible] pen, Hosen [illegible]
Gelegenheit, 2. 1. Nossenstraße

Der gute Schriftführer und Berichterstatter

[illegible]

Postkarten [illegible] Photographie, 1 Tagen [illegible] Vergrößerungen nach jedem Bild [illegible] Geöffnet geöffnet [illegible] nur Marienstr. 12 **Jähnig.**